

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Osterburger. 1891-1892  
1892**

12.3.1892 (No. 31)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1001510](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1001510)

# Der Ofternburger.

Der Ofternburger erscheint 3 mal in der Woche, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Unterhaltungs- und Anzeigenblatt für die Gemeinde Ofternburg und Umgegend.

Insertate, die 5gepaltene Zeile ober beven Raum 10 Rfg.

Redaction, Druck und Verlag von Fritz Drewes in Oldenburg, Rosenstraße 14/16.

N<sup>o</sup> 31.

Ofternburg, Sonnabend den 12. März

1892.

## Local-Beitrag.

Oldenburg, den 11. März 1892.

† **Der Bericht** über die öffentliche Versammlung des nationalliberalen Vereins in Oppermanns Hotel befindet sich in der Beilage.

† **Bazar.** Wenn diese Zeilen den geehrten Lesern vorliegen, wird das mysteriöse Dunkel schon gelichtet sein, was in den letzten Tagen die Säle des Casinos umwob; der Bazar wird eröffnet sein und die Herrlichkeit vor aller Augen offen daliegen. Was dort oben in den letzten Tagen erschaffen ist, das übersteigt alle Vorstellungskraft und — Kunst. Alles zu erzählen ist unmöglich, der Raum würde nicht zureichen; auch wäre manchem kein Gefallen damit gethan, wenn ihm der Reiz der Neuheit von den Dingen genommen würde. Jeder will doch überrascht werden, und es wäre unverantwortlich, wollte man ihm die Freude rauben! Nur einige Andeutungen mögen erlaubt sein. Ein Paradies ist entstanden wie die köstliche Phantasie es sich nicht malen kann, mit allen Freuden und Genüssen seines Urbildes, aber ins Moderne übertragen. Was dort eines Schöpfers Macht gethan, wurde hier von vielen fleißigen Händen zuwege gebracht; wurde jenes Eldorado von einem Menschenpaar bewohnt, so wollten hier hoffentlich viele Hunderte für einige Zeit ihren Aufenthalt nehmen. Aber ein großer Vortheil verschönt dies Eden: Der Apfelbäumchen mit seinen bösen Folgen ist hier unmöglich gemacht. Wohl prangt der Apfelbaum inmitten des Gartens; aber noch trägt er keine Früchte, sondern ein Meer von köstlichen Blüten ist erst über ihn ausgegossen. Bis sie zur Reife stehen, ist wohl alles glücklich vorüber. Will aber jemand trotzdem Nessel speisen, so kann er das ohne Furcht und Zagen; für einen kleinen Dolos sind sie überall zu haben. Das eben ist die große Errungenschaft der Neuzeit: Man kennt hier die Kunst, Geld zu machen — und wie! Ein Duft aber vom Baume der Erkenntniß weht leise durch die Räume, der die Menschen mit wunderbarer Zauber Macht begabt, daß sie gründlich zur Erkenntniß kommen. Sie können jetzt scharfsichtig einem etwaigen vis-à-vis bis auf den Grund des Herzens sehen oder auch tief bis auf den Boden ihres Selbstbehalters, vielleicht beides zugleich, und das sind die Segnungen! Wenn dann der Ruf ertönt, der sie aus der Herrlichkeit verbannt, so brauchen sie fortan nicht allein den Acker bauen und ihnen trägt er wohl noch mehr als Dornen und Disteln, bei redlichem Bemühen am Ende Rosen und Myrthen! Wem aber die Frühlingstluft zu gefährbringend erscheint, der kann auch in Winterbehaftigkeit seine Tage beschließen und sich leiblichen Genüssen hingeben, denn der wunderbare Garten hat die Eigenthümlichkeit, daß alle Jahreszeiten dort zugleich ihr Scepter schwingen. Chacun à ses goûts! Hoffentlich wird diese weitgehende Freiheit mit schweren Opfern erkauft und bezahlt. —

### Ansprache zur Eröffnung des Bazars.

11. März.

Hochverehrte Damen und Herren! Unvergessen ist der Bazar vor vier Jahren. Der Bazar von 1888 wurde unter außerordentlicher Betheiligung unserer Bürgerschaft und vieler auswärtiger Krankenfreunde abgehalten. Die Bazartage waren schöne, festliche Tage. Jetzt stehen wir wieder am Anfange eines Bazars zu Nutz und Frommen derselben Sache, welche der Bazar von 1888 so treffliche Dienste geleistet hat. Damals, als das herrliche Gelingen alle erfreute, faßte das Bazarcomitee den Beschluß, sich nicht aufzulösen, sondern zur gelegener Zeit die Veranstaltung eines Bazars zu wiederholen. Dieser Beschluß ist jetzt nach längerer Beratung und unter Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, namentlich wollte man es vermeiden, andere verwandte Bestrebungen zur durchkreuzen, zur Ausführung gelangt. Wiederum standen den Damen verschiedene Herren zur Seite. Die Mühe und Arbeit war groß, aber es ist mit großer Hingabe gearbeitet worden. Allen Damen und Herren habe ich aufrichtig zu danken.

Bazargegenstände sind sehr viele eingekommen, wie der Augenschein lehrt, sehr viel mehr als vor vier Jahren. Oldenburg und Umgegend hat reichlich beigetragen. Daß diesmal auch aus dem Lande wertvolle Bazargegenstände eingesandt worden sind, hat sehr erfreut.

Allen Spendern in Stadt und Land herzlichen Dank. Der jugendlichen Verkäuferinnen sind viele, 170 bis 180, und der Damen und Herren nicht wenige, welche in zuvorkommender Weise sich gütigst bereit erklärt haben, in der einen oder anderen Weise dem guten Gelingen des Ganzen ihre Kräfte widmen zu wollen. Diesen Allen im Voraus herzlichen Dank.

In den schönen Räumen des Casino halten wir diesmal unseren Bazar. Daß es uns gestattet ist, dafür wollen wir dem Vorstände der Casinogesellschaft den schuldigen Dank nicht vorenthalten. Unsere Erkenntlichkeit ist

schon dadurch zum Ausdruck gekommen, daß wir den Sälen eine Ausschmückung gegeben haben, wie sie von einer früheren kaum übertroffen sein wird, und die den Herren, welche sie geplant und in der kurzen Zeit von drei Tagen ausgeführt haben, zur Ehre gereicht. Jedenfalls ist ein Schmuck hinzugekommen, der ganz eigenartig und neu ist.

Meine Damen u. Herren! Der diesjährige Bazar, so ist gesagt worden, steht unter dem Zeichen eines blühenden Apfelbaumes. Sie alle werden mir gewiß zustimmen, wenn ich dies Wort aufnehme und sage: der blühende Apfelbaum ist uns ein Symbol. Mit Blüten wie überläßt zur Winterzeit will der Apfelbaum uns etwas sagen.

Die Apfelblüte zeigt die rote Farbe. Roth bedeutet die natürliche, aber auch geheiligte Liebe, die irdische menschliche, aber auch die durch den Geist Gottes hervorgerufene erklärte Liebe. Das Werk, das wir treiben, steht im Dienste der Liebe, jener Liebe, von welcher der Apostel im großen Lobgesange der Liebe rühmt: sie sucht nicht das Ihre und von welcher der Hailand selbst gesagt hat: Daran wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe habt unter einander.

Die Apfelblüte zeigt auch die weiße Farbe, die Farbe der Unschuld und Reinheit. Der Dienst der Liebe ist nicht besleckt durch niedere Lohnsucht, er ist überall kein Dienst um Lohn, sondern ein Dienst aus lauterem reinem Herzen. Um der Liebe Gottes und Christi Willen müssen und wollen wir Liebe üben wie sonst allezeit, so namentlich auch zur Winterzeit.

Was ist Winterzeit im Menschenleben? Eine öde, traurige Zeit, wo der freudige Geist aus einem Hause, aus einer Familie entwichen ist. Die Krankheit ist hereingebrochen und es fehlt vielleicht an der nötigen Pflege, wie sie daheim nicht zu beschaffen ist.

Oder die Krankheit ist so ernster Art, daß es nicht möglich ist, einem lieben Kranken die erforderliche ärztliche Behandlung zu Theil werden zu lassen. Ja das ist Winterzeit im Menschenleben! eine öde traurige Zeit. Wir aber stehen unter dem Zeichen des blühenden Apfelbaumes zur Winterzeit.

Und dieser Baum, aus dem Krankenhausesgarten, in welchem, so Gott will, noch im laufenden Jahre das Ev. Krankenhaus entstehen wird, hierher verpflanzt, eigenartig wie sein herrlicher Blüthenschmuck, trägt er auch eine schöne Frucht. Die Frucht ist versagt, wie der geniale Erfinder, der durch seine rastlosen Bemühungen sich einen Anspruch auf eine besondere Anerkennung und einen besondern Dank erworben hat, im Voraus äußerte, gewiß in Uebereinstimmung mit den Damen, die ihm in lebenswürdiger Weise geholfen haben und ohne deren Hilfe er die vieltausend Blüten nicht an den Apfelbaum hätte zaubern können, desgleichen unter voller Zustimmung aller Bazar- und Krankenhausesfreunde: die Frucht fällt dem Ev. Krankenhause in den Schoß. Und damit Gott befohlen!

Im Namen des Comitees erkläre ich den Bazar für eröffnet, ich thue es mit dem Rufe: Se. Königl. Hoheit, unser allverehrter Großherzog u. dessen Hohe Gemahlin, Se. Königl. Hoheit, unser geliebter Erbgroßherzog und dessen Hohe Gemahlin und das ganze großherzogliche Haus lebe hoch!

† **Trog der Ungunst** der wirthschaftlichen Verhältnisse, welche auf alle Geschäfte einen lähmenden Einfluß übte, ergab das laufende Geschäft der Oldenburgischen Spar- und Leihbank einen befriedigenden Gewinn. Leider wurden auf einige Confortialengagements auf 1889, 1890, 1891 eine erhebliche Abschreibung notwendig. Außerdem wurde die Bank durch Fälschungen des Pastor Müller in Golbenstedt zu einer Abschreibung von 30 000 Mk. gezwungen, von denen aber reichlich 10 000 Mk. im Laufe dieses Geschäftsjahres wieder eingehen dürften. Wenn trotzdem die Bank in der gestrigen Aufsichtsraths-Sitzung noch eine Dividende von 6% — gegen 11% des Vorjahres — der Generalversammlung vorzuschlagen beschloß, so muß das Ergebnis des regulären Geschäftes nicht unbefriedigend erscheinen.

† **Die Oldenburg-Portugiesische Gesellschaft**, deren Generalversammlung auf Sonnabend den 9. April nach Brate berufen ist, ist von einem Verluste betroffen. Nach einem heute hier eingetroffenen Telegramm ist die „Cintra“, Kapitän Duker, total verloren. Die Mannschaft ist gerettet. Es ist dies der erste erheb-

liche Unglücksfall, von dem die Gesellschaft seit ihrem Bestehen betroffen ist.

— **Ein schwerer Unglücksfall** trug sich gestern in der Eisenbahnwerkstätte zu. Ein Schmied stürzte und viel mit dem Kopfe auf eine Eisenstange, so daß er aus einer Kopfwunde blutete. Der herzugekommene Dr. Scheer brachte dem Unglücklichen die erste Hilfe; später wurde derselbe ins Hospital gebracht.

§ **Entwendet** wurde am Dienstag von einem Schustergehilfen seinem Meister die Barsumme von etwa 12 Mk., die der ungetreue Gehülfe bis auf einen kleinen Rest noch am selben Abend verjubelte. Er wurde dann abgefaßt und in Haft genommen.

§ **Niedriger Wasserstand.** Infolge der anhaltenden Trockenheit ist der Wasserstand in den Flußläufen unserer Stadt bedeutend gesunken. Auch von den umliegenden Niederungen ist das Wasser schon an vielen Stellen zurückgetreten.

§ **Wir berichteten** vor kurzer Zeit aus unserm Orte wie eine Mutter ihr schwächliches Kind auf unmensliche Weise mißhandelte. Ihrer Verhaftung hat sich die Frau nun in diesen Tagen dadurch entzogen, daß sie mit ihrer ganzen Familie plötzlich abgereist ist, ohne ihre Adresse zu hinterlassen.

— **Eine Auflage** wegen Körperverletzung haben sich zwei junge Leute zugezogen, die vor einigen Tagen mit einem dritten auf der Langenstraße in Streit gerieten und im Verlauf des Kampfes ihren Gegner mit einem Messer stachen.

— **In Osnabrück** wurde vor einigen Tagen ein Bagabund verhaftet, der hier dem Briefträger B. an der Alexanderstraße früh morgens eine Uhr gestohlen hatte.

§ **Bürgerfelde.** Dem Vernehmen nach ist die Brunthorff'sche Landstelle durch Kauf in den Besitz des Landmanns und Wirts Joh. Meyer hier übergegangen. Der Kaufpreis soll 25 000 Mk. betragen.

## Schwurgericht.

3. Sitzung, 8. März, nachmittags 5 Uhr. Verhandelt wird gegen die Rademammell Helene Abels, zuletzt in Sedan, z. Z. hier in Haft. Dieselbe ist vor das Schwurgericht verwiesen, angeklagt, am 24. Januar 1892 zu Sedan ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich getödtet und sich dadurch des Kindsmordes schuldig gemacht zu haben. Der Gerichtshof beschließt auf Antrag des Herrn Vorsitzenden unter Zustimmung des Herrn Staatsanwalts und des Herrn Verteidigers, den Ausschluß der Oeffentlichkeit, nachdem dieselbe wieder hergestellt, die Geschworenen das Schuldig ausgesprochen, erkennt das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren.

4. Sitzung, 9. März, morgens 10 Uhr. Es steht zur Verhandlung die Strafsache wider die Dienstmagd Metta Hinrik Bahnenkamp aus Neuenfelde, zuletzt in Bienen. Dieselbe ist angeklagt, am 16. October 1891 bei Bienen ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich getödtet und damit sich des Kindsmordes schuldig gemacht zu haben. Die Beweisaufnahme dauerte von morgens 10 bis nachmittags 2 1/2 Uhr und wurde dann die Verhandlung, bei welcher die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, nachmittags 5 Uhr fortgesetzt. Der Wahrspruch der Geschworenen verneint die Schuldfrage, infolgedessen wird die Angeklagte freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

5. Sitzung, morgens 10 Uhr. Die heutige Verhandlung betrifft die Anklagesache wider die Dienstmagd Margarethe Catharine Sophie Gerhardine Decker aus Seefeldherberdeich. Dieselbe ist vor das Schwurgericht verwiesen, weil ihr zur Last gelegt wird, am 28. October 1891 in Elmörden vor dem Schöffengerichte Dutzadungen, den vor ihrer Vernehmung als Zeugin geleisteten Eid öffentlich durch ein falsches Zeugniß verlegt zu haben, indem sie in der gegen den Schuhmachergehilfen Wilhelm Haaren aus Norddhanam stattgefundenen Hauptverhandlung wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, nach Beistand des Zeugnisses ausagte: (Da die Wiedergabe der Eid-Formel nicht publicirbar ist, so wird sie hier weggelassen.) — Bei der Verhandlung war, bedingt durch die Lage der Sache, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. — Nachdem dieselbe wieder hergestellt, die Beweisaufnahme geschlossen, wird die Angeklagte, gemäß dem Wahrspruche der Herren Geschworenen, welche die Schuldfrage bejahen, verurtheilt durch den Obmann derselben, Herrn Dymstedt, vom Gerichtshofe, in Uebereinstimmung mit dem Herrn Staatsanwalt, in eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren, Auerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für dieselbe Zeit, und dauernde Unfähigkeit zur Eidesleistung verurtheilt.

## Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Christine Stolle, Bümmerstede, mit Herrn Anton Voltes, Streel.

## Kirchliche Nachrichten.

Am Freitag, 11. März.  
Passionsgottesdienst (5 Uhr): Pastor Wilkens.  
Am Sonnabend, 12. März.  
Abendmahlgottesdienst (11 Uhr): Pastor Ramsauer.  
Am Sonntag, 13. März.  
1. Hauptgottesdienst (8 1/2 Uhr): Astit-Prediger Rogge.  
2. Hauptgottesdienst (10 1/2 Uhr): Pastor Roth.  
Nachmittags 3 Uhr in der Schule zu Petersfehn Gottesdienst (Missionspredigt), dann Abendmahlsfeier für Alte und Schwache: Pastor Ramsauer.  
Nachmittags 3 Uhr: Kinder-gottesdienst.  
Am Dienstag, 15. März Nachm. 5 Uhr, im Thurmszimmer der Samberikirche, Bibelstunde: Pastor Roth.

# Politische Uebersicht.

## Deutsches Reich.

Gegenüber den kürzlich durch die Presse gegangenen Mittheilungen, daß die Verwaltungskosten für die Invaliditäts- und Altersversicherung im ersten Geschäftsjahre 1891 für das deutsche Reich sich auf ungefähr 11 Millionen belaufen, somit 1 Mark Kosten für den Kopf der Versicherten ausmachen, sei darauf hingewiesen, daß im Königreich Bayern bei den acht Versicherungsanstalten die Verwaltungsausgabe 165 390 Mark betragen haben, sodaß bei 1 325 500 Versicherten durchschnittlich nur 12 1/2 Pfg. Kosten auf den Kopf kommen.

In einer Reihe von Artikeln „Zur Reform des Militärgerichtswesens“ bemerkt die „N. A. Z.“ in Bezug auf das Verlangen nach Öffentlichkeit des Verfahrens: Nach allseitig sachlicher und gründlicher Prüfung wird auch diese Frage dem Zustandekommen der so wünschenswerthen einheitlichen Regelung des Militärgerichtsverfahrens für das Reich dauernde Hindernisse nicht bereiten; sie wird vielmehr sicherlich eine Lösung finden, die für die so glänzend begründete und bewährte Disziplin und Tüchtigkeit unserer Armee und Marine sich förderlich erweist.

Es wird darüber gesagt, daß in den Eisenbahn-Personenwagen sich nicht selten amtliche Anschläge und Bekanntmachungen beschmugen und mit ungebörigen auch unästhetischen Bemerkungen versehen vorfinden. Unter Hinweis auf den Erlaß vom 26. Juni 1889 bemerkt der Minister der öffentlichen Arbeiten in einer Verfügung an die königlichen Eisenbahndirektionen, daß dem sauberen Zustand der Personenwagen ein sorgfältiges Augenmerk auch in dieser Beziehung zugewendet werde, daß beschmugte und mit Bemerkungen irgend welcher Art verlebene Anschläge alsbald entfernt und Personen, welche bei dem Beschmugen der Wände und Anschläge betroffen werden oder desselben verdächtig erscheinen, nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 62 und 63 des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands zur Verantwortung gezogen werden.

Der Zustand des Großherzogs von Hessen soll, wie die „Post“ erfährt, ein hoffnungsloser sein. Schon seit längerer Zeit war bei dem Großherzog ein Herzleiden konstatirt, wie man hört, eine Verkalkung der Herzarterien, so daß der Schlaganfall Eingeweichen nicht ganz überraschend gekommen ist.

Die Nachrichten über das Befinden des Großherzogs von Hessen lauten wenig tröstlich. Seit heute Nacht ist Bewußtlosigkeit eingetreten, das Schlucken ist äußerst erschwert.

Ueberall, besonders aber in Hessenlande hat die Trauerkunde tiefe Bestürzung und aufrichtigen Schmerz hervorgerufen, denn der Großherzog war nicht nur als regierender Landesherr, er war vielmehr noch als Mensch wegen seiner außerordentlichen Herzengüte und Leutlichkeit geliebt und verehrt. Der Schlag kam um so unvorbereiteter, als der erst 54 Jahre alte Herr eine feste Gesundheit zu haben schien und als rüstiger Jäger und eifriger Fahrer bekannt war. Am Freitag Mittag bei der Tafel war der Großherzog noch recht heiter und bei bestem Appetit. Kügeladjutant von Röder bemerkte plötzlich eine Veränderung im Gesicht des Großherzogs, als ob derselbe heftigen Zahnschmerz hätte, der Großherzog äußerte: „Ich kann nicht mehr sitzen“, worauf der Adjutant ihn aufstieß. Die sofort herbeigeholten Aerzte konstatirten eine Lähmung der rechten Körperhälfte und erklärten den Zustand für sehr bedenklich, worauf der zur Erholung in Nizza weilende Erbprinz von Preußen, Kaiser Wilhelm und die Königin von England telegraphisch benachrichtigt wurden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht wollte man sich in vielen Kreisen erinnern, daß die Gesundheit des Großherzogs zwar im Allge-

meinen eine feste war, daß er aber in letzter Zeit häufig über einen Druck in der Herzgegend geklagt hatte, woraus man auf eine Herzverfettung schließen will. Die Töchter des Großherzogs Victoria und Lily weichen nicht von dem Krankenlager des Vaters, zu ihnen gesellten sich Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, welche am Sonnabend Abend von Berlin in Darmstadt eintrafen. Am Sonntag fanden in allen Gotteshäusern des Großherzogthums Bittgottesdienste für die Genesung des Landesfürsten statt. Das Hoftheater ist geschlossen, von zahlreichen Höfen laufen fortgesetzt telegraphische Anfragen nach dem Zustand des Leidenden ein.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in einem Erlaß an die königlichen Eisenbahn-Direktionen darauf hingewiesen, wie sehr es im Interesse von Handel und Verkehr erwünscht sei, daß Änderungen der Eisenbahntarife möglichst frühzeitig zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Insbesondere gelte dies von Tarifierhöhungen, für welche, so weit möglich, der Eintritt der Gültigkeit über die gesetzliche Mindestdauer von sechs Wochen hinaus in der Regel bis auf etwa drei Monate nach der öffentlichen Bekanntmachung hinausgeschoben werden soll.

Dem Bundesrath wird demnächst ein Gesetzentwurf über den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege zugehen. Mit dem Gesetz wird im wesentlichen bezweckt, die Vorschriften der in den meisten Bundesstaaten geltenden Gesetze über Beschränkung des Rechts, Tauben zu halten, sowie das Recht, im Freien betroffene Tauben sich zueignen zu können, ferner das Eigenthumsrecht an Tauben, welche in ein fremdes Taubenhaus übergeben, für Militärbrieftauben außer Anwendung treten zu lassen. Als Militärbrieftauben sollen solche Brieftauben gelten, welche der Militärverwaltung gehören oder ihr zur Verfügung gestellt sind und den vorgeschriebenen Stempel tragen. Im Kriege kann durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden, daß alle Vorschriften über Todten oder Eingefangenen fremder Tauben für das Reich oder einzelne Theile desselben außer Kraft treten, sowie daß Brieftaubenverwendung ohne Genehmigung der Militärbehörden bis zu drei Monaten bestraft werden kann.

Dem Bundesrath sind die Entwürfe von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken und über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Kohlenzuckerfabriken und Zuckerraffinerien zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Die Entwürfe tragen den Vorschriften der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 Rechnung und enthalten Änderungen der bisherigen Bestimmungen nach Maßgabe der seither gemachten Erfahrungen, auch soweit die Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 nicht unmittelbar in Frage kommt.

In den Bundesrathsausschüssen, welche den Chekgesetzentwurf vorberathen haben, soll verschiedenen von der Geschäftswelt beantragten Änderungen des Entwurfs Rechnung getragen sein. So soll eine einheitliche Präsentationsfrist angenommen sein. Der im Reichsanzeiger veröffentlichte Entwurf bestimmte bekanntlich, daß der Wechsel spätestens binnen drei, der an einem anderen Orte des Reichsgebiets zahlbare Wechsel spätestens binnen fünf Tagen dem Bezogenen am Zahlungsorte zur Zahlung präsentirt werden müsse. Nunmehr soll die Präsentationsfrist gleichmäßig in maximo auf fünf Tage festgesetzt sein. Auch sollen die Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren zum Zweck der Kraftloserklärung abhandeln gekommener und veränderter Wechsel erweitert sein. Nunmehr würde bei Einleitung des Aufgebotsverfahrens das Gericht auf Antrag des Berechtigten dem Bezogenen die Einlösung des Wechsels zu unterlagen haben. Das Verbot soll gegen eine nach freiem Ermessen des Gerichts zu bestimmende Sicherheitsleistung des Antragstellers erlassen werden können, auch wenn der Verlust des Wechsels noch nicht glaubhaft gemacht ist. In diesem Falle soll zugleich dem Antragsteller zur Nachholung der Glaubhaftmachung eine Frist bestimmt werden, nach deren furchtlosem Verlaufe das Verbot aufzuheben ist. Eine dem Verbote zuwider gegebene Einlösung des Wechsels soll dem Antragsteller gegenüber unwirksam sein. Ueber diese

und andere Vnderungsorschläge wird der Bundesrath sich schon in nächster Zeit im Plenum schlüssig machen, sodaß für die Mitte des laufenden Monats die Einbringung des Chekgesetzentwurfs an den Reichstag zu erwarten steht.

Beim preussischen Abgeordnetenhaus sind wieder zahlreiche Petitionen zum Volkschulgesetzentwurf eingegangen und zwar 24 zu Gunsten des Entwurfs und 87 gegen denselben. Es befindet sich unter den letzteren auch die Petition der Universität Greifswald, welche sich mit 40 Unterschriften der Petition der Universität Halle anschließt.

Der Finanzminister macht die Provinzialsteuerdirektoren darauf aufmerksam, daß die Vorschriften im § 5 Absatz 2 und 3 der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 30. Januar d. S., betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf Getreide, Holz und Wein auch dann Anwendung finden, wenn Getreide, Holz oder Wein aus öffentlichen oder Privatniederlagen zur Ueberführung auf eine andere Niederlage angemeldet wird, da die am 1. dieses Monats in Niederlagen vorhandenen und amtlich festgestellten Bestände von Waaren der gedachten Art der ihnen gesetzlich zugesicherten Zollbegünstigungen dadurch nicht verlustig geben, daß sie vor ihrer Ueberführung in den freien Verkehr unter Zollkontrolle zunächst auf andere Niederlagen gebracht werden.

Dem preussischen Landtage ist von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kürzlich eine Anzahl von Exemplaren „Amtlicher Mittheilungen aus der Staats-Forstverwaltung“ zugegangen. Nach denselben ist der Flächeninhalt der Staatsforsten seit dem Jahre 1868 angewachsen von 2 605 428 Hektar auf 2 706 739 Hektar, hat sich also um 101 361 Hektar, oder etwa 18,02 Quadratmeilen vermehrt, wozu noch 1682 Hektar dem Staat nur theilhaft gehöriger Forsten kommen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in dem bezeichneten Zeitraum erhebliche Flächen zur Abfindung von Servitut-Berechtigungen und gemeinnützige Zwecke, insbesondere für diejeniger der Militärverwaltung haben abgetreten werden müssen. Der Gesamt-Holzschlag ist angewachsen von 6 715 411 K.-M. auf 9 427 169 K.-M. oder um 2 711 758 K.-M. Pro Hektar der Holzbodenfläche hat die Abnutzung für das Staatsjahr 1890/91 an Drehholz 2,96 K.-M., an Stod- und Reifholz 0,92 K.-M., zusammen 3,88 K.-M. betragen. Der für das Holz zur Rasse gelangte baare Erlös (also ausschließlich des Wertes der Freiholz-Abgaben) ist angewachsen von 36 160 187 Mk. auf 63 168 030 Mk. Mit dem Staatsjahr 1890/91 haben die Gesamteinnahmen der Forstverwaltung bisher ihre größte Höhe erreicht. Der Reinertrag pro Hektar ist unter Auserachtlassung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben angewachsen von 8,83 Mk. auf 13,63 Mk.

Wie einem sächsischen Blatte von angeblich zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt Rußland, den Schweineexport aus Polen nach Deutschland zu verbieten und die Schweine aus Polen in die russischen Nothstandsdistrikte zu versenden.

Die Zahl der beim Nürnberger Komitee für Aufhebung des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes eingelaufenen Unterschriften hat jetzt die Höhe von 223 801 erreicht.

Bis jetzt wurde allgemein angenommen, daß die Verhandlungen der preussischen Regierung mit dem Herzog von Cumberland über den Welfenfonds gescheitert seien. Jetzt hört aber die „Kronz.-Ztg.“, daß doch noch in letzter Stunde, und zwar am 7. März, eine Einigung erzielt worden sei. In das Uebersichtliche solle auch die event. Thronfolge des Sohnes des Herzogs in Braunschweig mit einbezogen sein. Man bringt die Annäherung des Großherzogs von Oldenburg in Berlin mit diesem günstigen Erfolg in Beziehung. — Die Nachricht ist jedenfalls mit allem Vorbehalt aufzunehmen. Sollte es sich bewahrheiten, daß auch die braunschweigische Erbfolgefrage geordnet worden ist, dann dürfte wohl anzunehmen sein, daß der älteste

# Der Würdigste.

Historische Erzählung von Herman Girschfeld.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Leise ward die Thür geöffnet; das Antlitz Jeannes zeigte sich, es trug einen auffallend verstörten Ausdruck. „Auf ein Wort, Ev. Gnaden,“ flüsterte sie von der Schwelle her.

Der Bischof wies auf die leichte Fessel, die ihn an das Lager des Freundes bandte. „Ich bitte, Ev. Gnaden,“ wiederholte das junge Mädchen in sichtlich Angst, „es ist dringend.“

Langsam zog der Greis seine Hand aus den Fingern des sterbenden Freundes.

„Laß mich nicht allein im Scheiden, Jacques,“ flüsterte der halb Bewußtlose, „wir haben es uns geschworen.“

„Gleich kehre ich wieder, mein Freund,“ erwiderte Bellon in mildem Tone; dann folgte er Jeanne in das erste Zimmer, aus dem kein Geräusch zu den Ohren des Kranken dringen konnte.

Ein hübscher junger Mann in der Tracht eines Arbeiters erwartete den Kirchenfürsten; es war Jacques.

„Ihr seid verrathen,“ rief er dem hohen Herrn entgegen; „nur wenig Stunden noch, und die Schergen des elenden Collot d'Herbois schleppen Euch aus diesem Hause. Gottes Gnade war es, die mich soeben, hinter einem Bosket verborgen, ein Gespräch meines Kameraden Pierre mit einem ihm in Gefinnung gleichen Kollegen belauschen ließ. Ich weiß jetzt, daß Jeanne ihn schände abgewiesen; sein Haß überwacht dies Haus und jeden Schritt des Mädchens. Er wußte, daß der Bischof sich zu seinem Freunde be-

geben, aber er hat durch List auch entdeckt, daß derselbe das Haus bis heute nicht verlassen, daß ein Anderer statt seiner aus Marseille geschieden. Hier war Gelegenheit, Jeanne zu verderben. Vor einer Stunde war es ihm gelungen, sich bei Collot d'Herbois Zutritt zu verschaffen; zum Glück wurde er auf den Nachmittag wieder beschieden, ohne seinen Verrath angebracht zu haben. Bis dahin aber müssen Ev. Gnaden die Stadt hinter sich haben; ich habe für Verkleidung gesorgt, noch in diesem Augenblick muß es geschehen.“

Gerührt drückte der Greis die Hand des jungen Mannes. „Ich danke Euch, Jacques,“ sagte er; „mag über mich verhängt werden, was da wolle, aber ehe sie mich mit Gewalt von dieser Stätte reißen, mag ich, darf ich sie nicht verlassen. Vielleicht haben die Verächter alles Geheiligten noch so viel Ehrfurcht vor der Majestät des Todes, mich in Frieden meines Amtes walten zu lassen, ehe sie mich von hinnen schleppen.“

„Ihr denkt in Eurer Milde noch zu edel von den Menschen,“ rief Jacques. „Wollt Ihr unter der Anklage der Widersehllichkeit gegen die Republik, als geheimer Verschwörer vielleicht, das Blutgerüst besteigen?“

„Bis morgen ist es mit meinem Freunde zu Ende, möge Gott mir bis dahin gnädig sein!“ lautete die Antwort.

„Wollt Ihr eines Sterbenden halber Euer Leben opfern?“ rief Jeanne; „flieht, flieht, da es noch Zeit —“

Der Bischof schüttelte das Haupt. „Mir ist's, als riefte er,“ sagte der hohe Gast; „aber den Sterbenden, der keine Erklärung mehr zu fassen vermag, kann ich nicht verlassen.“

Dem Greise, der sich anschickte, in das Krankengemach zurückzukehren, warf sich Jeanne zu Füßen. „Ich ertrage

es nicht, Euch über diese Schwelle geschleppt zu sehen. Flieht, o flieht, ehe es zu spät!“

Neben dem jungen Mädchen beugte auch Jacques das Knie. „Um jener Vielen willen, die Euch lieben — flieht!“

„Was geht hier vor?“ — Diese Frage tönte von der Schwelle des äußeren Einganges her. Auf ihr stand die Gestalt eines untersehten jungen Mannes in Hauptmanns-uniform, dessen dunkle Augen im scharf ausgeprägten, gelblichen Antlitz mit Erstaunen auf der Gruppe ruhten, die sich seinen Blicken darbot.

Jacques und Jeanne hatten sich erhoben. „Der Herr Hauptmann!“ rief letztere halbklaun.

„Verzeihung, wenn ich störe,“ sagte der Genannte; „ich kam, mich für die vielen Gefälligkeiten zu bedanken, die dem nachbarlichen, schlecht versorgten Fremdling aus dieser Quelle fließen; hätte ich geahnt, daß ich eine Familienszene ohne Zweifel unterbreche —“

In seiner ganzen Würde trat der Greis dem jungen Offizier gegenüber. „Sie irren, mein Herr,“ sagte er, „mein Freund Abbe Rolland, der Dheim dieses jungen Mädchens, liegt todkrank — ich bin ein Fremder in diesem Hause und nenne mich Bellon, Bischof von Marseille.“

Ehrfurchtsvoll verneigte sich der Offizier. „Man sagte mir, der Bischof von Marseille habe im Widerspruch mit den Forderungen der Regierung längst die Stadt verlassen,“ sagte er.

„Die Bitte dieser jungen Leute, es sofort zu thun, möge Ihnen den seltsamen Anblick bei Ihrem Eintritt erklären. Mein Ungehorsam ist bereits entdeckt, und jeden Augenblick kann d'Herbois seine Schergen senden.“

„Ah, ich verstehe!“ — ein satirisches Lächeln umspielte die schmalen, blutlosen Lippen des Hauptmanns.

Sohn des Herzogs mit Eintritt seiner Mündigkeit Herzog von Braunschweig werden soll. Prinz Georg Wilhelm von Cumberland ist erst 11 Jahre alt.

**Ausland.**

**Belgien.** In Brüssel sollte in einem Ministerhotel eine Dynamitbombe aufgefunden worden sein. Die Nachricht wird jetzt da hin berichtet, daß das unheimliche Geräch in der spanischen Gesandtschaft entdeckt worden sei. Die Affaire soll mit den Attentate in Barcelona und bei der spanischen Gesandtschaft in Paris zusammenhängen und wird für einen anarchistischen Racheversuch wegen der Hinrichtungen in Keres gehalten.

**Italien.** Die „Agenzia Stefani“ ist von dem früheren Schatzmeister Giolitti beauftragt, die Nachricht, daß letzterer sich einem fremden Publizisten gegenüber dahin ausgesprochen habe, daß die finanzielle Lage Italiens eine sehr ernste sei, für unbegründet zu erklären. Giolitti halte in vollem Umfang seine Legation, in der Kammer gethanen Äußerungen ausreicht, durch welche er sein Vertrauensvotum für das Finanzprogramm des Kabinetts gerechtfertigt habe; er betrachte nach wie vor die italienischen Finanzen als seit 3 Jahren in rascher Besserung begriffen und das Defizit als so vermindert, daß es keine Gefahr biete und leicht beseitigt werden könne.

**Montenegro.** Am Sonntag kam es zwischen Montenegrinern und Albanern an der Grenze bei Kolaschin zu einem unabsichtlichen, zufälligen Zusammenstoß. Vierzig Albaner zogen, einen Hochzeitszug begleitend, bei einer Anzahl an dem Bau einer Brücke über den Darrafluß beschäftigten Arbeiter vorüber und gaben Gewehrsalven ab. Infolge eines unglücklichen Zufalles wurde hierbei ein Montenegriner getödtet. Die Montenegriner gaben, hierüber aufgereizt, auf die Albanen Feuer, wobei die Legeten 19 Verwundete und Tödtet einbüßten.

**Südamerika.** Ueber den am 19. Januar in der brasilianischen Festung Santa Cruz stattgefundenen militärischen Putz geht uns aus Rio de Janeiro nachstehender von Ende Januar datirter Bericht zu: Die Festung Santa Cruz, welche an der Einfahrt in die Bai von Rio de Janeiro liegt, wird auch als Militärfestung benützt. Die Soldaten des dort stationirten Artillerie-Bataillons haben am 19. Januar unter Führung eines Unteroffiziers und im Vereine mit Gefangenen der Flotte und des Heeres sich gegen ihre Offiziere erhoben, dieselben überwältigt und sich zu Herren von Santa Cruz, sowie zweier anderer in Nähe gelegenen Forts, Pico und Lage gemacht. Als Zweck ihres Aufstandes erklärten die Meuterer den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung und die Wiedereinsetzung des Marichalls Dendoro da Fonseca. Ihr Führer, ein Sergeant Namens Silvio, antwortete dem ihn zur Unterwerfung auffordernden Parlamentarier der Regierungstruppen, daß er nur als Organ einer größeren Bewegung, welche auch an anderen Punkten des Staates losbrechen würde, und in Ausführung eines mit Anderen verabredeten Planes handle. Diese Hoffnungen auf eine Unterstützung des Aufstandes von außerhalb der Festung sind indes nicht in Erfüllung gegangen; die Flotte, sowie die zur Einnahme des Forts von der Landseite kommandirten Truppen sind der Regierung treu geblieben und am nächsten Tage war der Aufstand beendet und die Ordnung wieder hergestellt. Die Einnahme des Forts hat jedoch nicht ohne Kampf und Blutvergießen stattgefunden; die Zahl der hierbei Gefallenen soll 20 und die der Verwundeten eine noch höhere gewesen sein. Unter den letzteren befand sich auch der Führer der Aufständischen, Silvio, der eine Kugel in den Kopf erhalten hat. Im Uebrigen herrscht hier allgemein die Anschauung, daß man es in der That nicht mit einer gewöhnlichen Meuterei von Soldaten und Gefangenen zu thun hatte, sondern daß der Putz von Santa Cruz wirklich im Zusammenhange mit einer geplanten, jedoch nicht zum Ausbruche gelangten, größeren Bewegung im Heere gestanden sei.

**Koloniales.**

Das englische Unterhaus hat nach zweitägiger Debatte den Antrag der Regierung angenommen, für die Kosten der Vermessung einer Eisenbahn von Wombassa an der englisch-ostafrikanischen Küste nach dem Victoria-See 20000 Pf. zu bewilligen. Dieser Beschluß beweist wieder einmal, eine wie große Bedeutung man in England der Aufschließung Centralafrikas, der rechtzeitigen Sicherung des englischen Einflusses auf diese Gebiete beimißt. In dieser Auffassung weicht man dort keineswegs, wie bei uns zuweilen behauptet wird, vor der unmittelbaren finanziellen Unterstützung bezüglicher kolonialer Unternehmungen zurück. Die Thatfache ist besonders deshalb beachtenswerth, weil bei uns die Gegner der mäßigen Aufwendungen des Deutschen Reiches für koloniale Zwecke sich mit Vorliebe auf England als das Muster richtigen Verfahrens in der Kolonialpolitik berufen.

Der schwedische Afrika-Reisende Theodor Westmark, der schon einmal über Stanley sich sehr abfällig äußerte, hat ihn am 4. März abermals kritisch beleuchtet und dabei neue Anklagenpunkte gegen ihn vorgebracht. Namentlich verurtheilt er Stanley's ungeschicktes Vorgehen gegen Buchuel-Löfche, welcher im Jahre 1883, als Stanley nach Europa gereist war, denselben auf Wunsch des Königs Leopold der Belgier zu vertreten hatte. Der praktische Yankee, welcher für die Errichtung jeder Station 100 000 Francs und die gleiche Summe für jeden Dampfer, welcher von Stanley-Boat aus auf den Congo kam, als Prämie erhielt, suchte seinen Stellvertreter auf jede mögliche Weise an der Errichtung solcher Stationen zu verhindern. So verbarag er vor seiner Abreise das Droffeln eines Dampfers, wodurch derselbe unbrauchbar wurde. Als Hauptmann Hansen neun Dörfer in grausamer Weise zerstörte, ließ Stanley, als kurz hierauf Buchuel-Löfche diese Gegend zu passieren hatte, durch seine Sanftbariten die Nachricht unter den Eingeborenen verbreiten, daß ein neuer Europäer sehr bald jene Gegend besuchen und die Vermählungsarbeit Hansen's fortsetzen werde. Die Einwohner von Nowas, erregt durch diese Berichte, breiteten der Expedition Buchuel Löfche einen feindseligen Empfang, bei welchem zwei Sanftbariten getödtet und der Führer selbst schwer verwundet wurde. „In Europa,“ so bemerkte der Vortragende entrüstet, „werden ähnliche Handlungen als Verbrechen geahndet. In Afrika giebt es unglücklicherweise noch keine Gerichte und keine Richter.“ Veitchel Löfche hat vor einigen Monaten Herrn Westmark die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigt. Als weiteren Beweis der Grausamkeit Stanley's führt der Vortragende das Vergehen desselben gegen einen ungarischen Offizier, Lieutenant Luffich, an. Dieser, welcher mit noch zwei anderen österröichisch-ungarischen Offizieren, den Lieutenants Schaumann und Kalina, an der Expedition Stanley's theilnahm, war am Fieber erkrankt, als sein Chef aus Europa zurückkehrte. Stanley befahl den Kranken zu sich, und als man ihm erklärte, daß dieser nicht ausgehen könne, gab er den Befehl, Luffich eventuell gefesselt vorzuführen. So mußte der Schwerleidende sein Krankenlager verlassen und in der tropischen Hitze seine Arbeit aufnehmen. Es ist kein Wunder, sagt Westmark, daß das unglückliche Opfer diese brutale Behandlung nur einige Tage überlebte, nachdem überdies ihm nicht einmal die erforderlichen Medikamente, welche der Chef der Expedition in hinreichender Menge mit sich führte, zur Verfügung gestellt worden waren. Aber nicht genug daran, ließ Stanley dem unglücklichen Luffich nicht einmal ein anständiges Begräbniß zu Theil werden, sondern die Leiche in den Kongo werfen, wo sie Krokodilen und Fischen eine willkommene Beute war.

Wir brachten s. Z. eine Mittheilung über die Expedition des englischen Kapitäns Bateman, die die Aufgabe gehabt haben sollte, unter allen Umständen zu versuchen, die deutsche Emin-Pascha-Expedition des Dr. Peters aufzuheben und zu vernichten. Kapitän Bateman, der zur Zeit in Taneta im englischen Klimandichargebiet sitzt und mit dem Reichskommissar Dr. Peters in ein fast freundschaftliches Verhältniß getreten ist, hatte letzterem von dem Zweck seiner Expedition,

die der deutschen weit überlegen war, bei einer gelegentlichen Zusammenkunft selbst Mittheilung gemacht. Dabei hatte er, so wenigstens wurde berichtet, ausdrücklich betont, daß die Expedition erst in Folge eines Briefes des Grafen Herbert Bismarck, des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, ausgerüstet worden sei. Diese Nachricht wurde vielfach stark angezweifelt. Wenn man auch zugab, daß der Haß der Engländer gegen Dr. Peters groß genug gewesen sei, um sie selbst zur Ausrüstung einer eigenen Expedition gegen ihn zu veranlassen, so wurde doch die Urheberchaft des Grafen Herbert Bismarck entschieden bestritten. Freilich vergah man dabei die vom Reichskanzler Grafen Caprivi in der letzten Tagung des Reichstages mitgetheilte Randbemerkung des genannten deutschen Staatsmannes, die in Form einer Depesche an Lord Salisbury abgegangen war und Dr. Peters gewissermaßen für vogelfrei erklärte. Jetzt traf ein von der letzten Post aus Afrika Auslassungen des Freih. von Bismarck ein, der längere Zeit mit Kapitän Bateman in Taneta zusammen war. Freih. von Bismarck schreibt ausdrücklich, daß Kapitän Bateman ihm gegenüber alle Einzelheiten der früheren deutschen Meldungen über diese Episode bestätigt hat.

Aus den Briefen des 1. Offiziers der Vorderischen Sena-Expedition, Sel. Lieut. Hans Hermann Graf von Schweinitz, theilt die „R. Btg.“ einige interessante Einzelheiten mit. Graf Schweinitz schreibt aus Bagamoyo, 7. Dezember 1891. Das Dorf Bagamoyo macht einen sehr guten Eindruck. In den Straßen der Neger herrscht eine Sauberkeit, wie man sie in Europa nur selten findet. Allerdings paßt die Polizei auf und läßt jede Unschöne fortjagen. Die Leute machen alle einen zufriedenen Eindruck; von allen Seiten ertönt das: „Jambo Bana“, die Neger kriechen unter dem Dach hervor und grüßen die kleinen Negerjungen stellen sich gewöhnlich militärisch hin und sagen: „Morjen“. Die Negerfrauen legen auf ihre Toilette großen Werth. Sie haben gewöhnlich ein sehr jauberes Ratuntuch umgeschlagen, meist mit großem Muster. Die Frisur muß viel Zeit in Anspruch nehmen; sie haben sich nämlich die Haare auf dem Kopfe streifenweise ausgerast und die stehengebliebenen kurz geschoren; die Streifen gehen von der Stirn nach dem Rücken. Die Neger haben hier einen gewissen Sinn für Schönheit. Lächerliche Figuren wie in Westafrika (Cylinder und Manschetten als einzige Bekleidung z. B.) sieht man hier nicht. Der Neger, der ja eine Nationalkleidung aus europäischem Stoff nicht hat, ahmt den andern Völkern (Arabern, Jüdern, Europäern) nach, behält aber immer eine gewisse Eigenart. Er ist ein Plebejer (nicht etwa im schlechtem Sinne) und wird wohl kaum jemals ein Aristokrat werden. Hierdurch unterscheidet er sich sehr von den Arabern und auch von den Somalis; diese sind Aristokraten, die Neger unterwürfige Plebejer. Ein Negerpöbel wird nie den Kampf um's Dasein mit den andern Völkern aufnehmen können, es kann nicht all die verschiedenen Obliegenheiten eines Kulturvolkes erfüllen, während die Somalis sich sicher zu einem Kulturvolk emporschwingen können.

Nach den einer Berliner Korrespondenz aus Tanga zugegangenen Nachrichten ericheinen die Zumbes in großen Prozeffionen auf dem Fort in Tanga, um zu erklären, daß sie alles mögliche thun wollen, um in Zukunft pflichtgetreue Unterthanen zu sein. Einen jog. Wadigokrieg gebe es nicht. Die umwohnende Bevölkerung von Tanga erweide der deutschen Verwaltung das größte Vertrauen. Dafür liege aus der jüngsten Zeit ein neues erfreuliches Beispiel vor. Die Nachricht von Trägern der Expedition Baumann hätte auf ihrer Reise nach dem Klimandicharge wenig Tage nach dem Verlassen Tangas in einzelnen Dörfern die Bewohner vergewaltigt, ihnen Geld und Schlachtvieh gestohlen, so daß es darüber zwischen den Trägern der Expedition und den geschädigten Bewohnern der Dörfschaften zu Brüggeleien gekommen war. Leider hat Dr. Baumann diese Ausschreitungen eines Theils seiner Leute nicht verhindern können. Die geschädigten Bewohner hätten dagegen nicht mit Feindseligkeiten geantwortet, sondern ihr festes Vertrauen zu der Verwaltung des Gouverneurs dadurch zu erkennen gegeben, daß die Dorfschützen der ausgenüßerten Dörfer sich in Tanga gestellt haben, um bei der Behörde Beschwerde gegen Dr. Baumann und dessen Leute zu erheben.

„Se. Gnaden haben noch erst Einiges in Sicherheit zu bringen, Anordnungen zu treffen —“

„Ich war nie reich und gehe mittellos,“ unterbrach ihn der Bischof ruhig. „Was den Schritt des Verbannten hemmte, sehen sie hier!“ — Den Finger an die Lippen legend, winkte der Bischof dem Hauptmann, ihm in das Kabinett zu folgen; dort öffnete er die Thür des Krankenzimmers und ließ den Fremden einen Blick auf das Lager werfen. Dann lehrten beide Männer in den vorderen Raum zurück.

„Abbé Nolland ist mein einziger Genosse, der mir von der Kindheit her geblieben,“ erläuterte der Kirchenfürst. „Wir haben gelobt, zusammen zu halten im Leben und im Tode; der Ueberlebende sollte dem Fremde den letzten Trost der Kirche spenden, das gebrochene Auge schließen. Als ich an das Bett meines alten Nolland trat,“ fuhr der Bischof fort, und seine Stimme zitterte merklich, „da nahm er meine Hand und hauchte: „Bleibe bei mir, Jacques Baptiste, bis es zu Ende — Du hast's gelobt.“ — Zu Ende ist es bis morgen, vielleicht noch heute,“ endete der Greis, „und ich kann ihn nicht verlassen, obwohl der Verrath bereits an dieser Schwelle lauert.“

„Nicht, so lange ich die Ehre habe, Ihr Hausgenosse zu sein!“ rief der Hauptmann. „Ich kenne den Collot und weiß, wie er behandelt werden muß. Man erweist mir in Paris die Ehre, meine militärischen Fähigkeiten über ihren Werth zu schätzen; Collot d'Herbois wird meine Wünsche respektiren. — Bürgen Sie mir, bis übermorgen dem Willen des Befehzes zu gehoramen und Marseille verlassen zu haben?“

„Nur ein Wunder würde Nolland die kommende Nacht noch auf Erden vergönnen,“ lautete die Antwort. „Sobald meine Pflicht gethan, scheidet ich von hinnen.“

„Wohl, erfüllen Sie dieselbe bis zum Ende,“ sagte der Hauptmann; Sie werden unbelästigt bleiben, und sollte es anders sein,“ — wie ein Blitz loderte es auf in den dunklen, zaubermächtigen Augensternen — der Weg zu dieser Schwelle geht nur an mir vorüber.“

Beide Hände streckte der Kirchenfürst dem jungen Offizier entgegen. „Ich weiß mich sicher in Ihrem Schutze. Nehmen Sie den Segen eines Greises und Wünsche des Glückes für Ihre Zukunft.“

Der Offizier neigte leicht das Haupt. „Ich brauche sie,“ erwiderte er bedeutungsvoll, „und vielleicht kann ich Ihnen beim Wiedersehen künden, daß sie sich erfüllen.“

Der Bischof lächelte wehmüthig. „Möchte ich, vergönnt mir Gott die Gnade längeren Lebens, Sie als General wiederzufinden.“

Wie ein Lächeln glitt es durch das marmorgleiche Antlitz des Helfers. — „General,“ — wiederholte er, — „wer weiß! — Jetzt gehe ich zu Collot d'Herbois. — Adieu, Mademoiselle,“ wandte er sich zu Jeanne; „ich sage nicht, auf Wiedersehen, zu enge Beziehungen zwischen dem Vorderhause und dem hinteren könnten auffallend erscheinen!“ —

Mit gemeinsamem Gruß verließ der Offizier das Dach des Abbé Nolland, an dessen Sterbelager der Bischof zurückkehrte.

Noch in derselben Nacht verschied der Leidende, und mit dem morgendlichen Grauen hatte Jacques Baptiste Belloy Marseille verlassen.

Das Unerhörte, ein einziger Vorfall in der Weltgeschichte, hatte sich vollzogen. Aus dem Blute des unglücklichen Ludwig XVI. war der Nation ein Kaiser entstanden, und ein halber Erdkreis lag, durch die Macht des

Schwertes gebändigt, zu seinen Füßen, zu Füßen des korinthischen Advokatensohnes Napoleon Bonaparte.

Es war im Sommer des Jahres 1805, als zu früher Morgenstunde ein sichtlich hochbejahrter, aber noch völlig rüstiger Herr, in schlichter priesterlicher Soutane, durch die Gänge des Tuileriengartens schritt, die, abgefordert von den übrigen Partien der Anlagen des kaiserlichen Palastes, dem Publikum frei gegeben waren. Langsam, auf seinen Stab gestützt, wandelte er in Sinnen verloren dahin, von keinem gestört, als höchstens von den gesiederten Sängern in den Zweigen über seinem Haupt, denn zu dieser Zeit pflegte der Garten von Besuchern leer zu sein.

Einen Seitenweg einschlagend, bemerkte der Greis auf einer zurückliegenden Bank eine einfach gekleidete Frau sitzen, die, in Kummer versunken, ihr Tuch an die Augen gedrückt hielt. Mitleidsvoll wollte der Greis vorüber schreiten, als sich der Blick derselben auf den Wanderer richtete. Eine Sekunde schien sie zu zaubern, dann aber rief sie im Tone höchster Freude: „Ich täusche mich nicht, es ist Se. Gnaden — Gott hat mir einen Helfer gesendet! Erkennen Sie nicht Jeanne, die Nichte Ihres Freundes, — seit neun Jahren das Weib meines lieben Jacques?“ — „Jeanne!“ rief der Greis nicht minder bewegt, auf die junge Frau zueilend; „seit wenig Tagen nach Frankreich heimgekehrt, wollte ich Euch in Marseille auffuchen. Wie kommt es, daß ich Euch hier finde, — in Trübsal finde, wie mir deucht,“ fügte er theilnehmend hinzu. „Mittellos, ein schlichter Priester, kehrte ich heim, aber was ich helfen, bieten kann, sei der Nichte meines unvergessenen Freundes von Herzen gegeben.“

Aufs Neue flossen Jeanne's Thränen. „Ach, ich fürchte, keine Hilfe giebt es gegen unser Unglück,“ erwiderte sie. — „Seit einigen Jahren hat mein Jacques

Die Abteilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft hielt vorgestern Abend ihre diesjährige Hauptversammlung ab, welche an Stelle des durch Krankheit verhinderten ersten Vorsitzenden, des Generalleutnants a. D. von Drigalski-Bascha, der zweite Vorsitzende Stabsarzt a. D. Dr. Bormeng leitete. Statutgemäß schieden aus dem Vorstande fünf Mitglieder aus und zwar die Herren Graf Behr-Bandeln, Staudinger, Dr. Bormeng, Dr. Ruffert und Major a. D. von Steun. Die erstgenannten vier Herren wurden mit großer Majorität wiedergewählt, an Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Herrn von Steun wurde Dr. Boges neugewählt.

### Arbeiterbewegung.

Prag, 8. März. Die Arbeiter des dem Baron von Erlanger gehörigen Bergwerks\* in Schazlar tumulierten wegen einer zehnprozentigen Lohnverminderung. Der Direktor des Werks mußte sich durch einen Fenstersprung vor den erregten Arbeitern retten. Die Gendarmerie war genötigt, mit gefüllten Bajonetten vorzugehen.

London, 7. März. Die Kohlenarbeiter in Durham beschloßen mit 40 000 von den vertretenen 55 000 Stimmen, in den Streik einzutreten. Da dieses jedoch die für einen gültigen Beschluß nötige Zweidrittel-Majorität der gemeinsamen Verbands-Mitglieder nicht ist, so wird eine weitere Abstimmung nötig. Es herrscht noch immer die Ansicht, daß der Streik vermieden werden wird.

London, 8. März. Die Bergleute von Durham haben sich nun zum Eintritt in den Streik entschlossen. Im Ganzen dürften also an dem genannten Tage mindestens 400 000 Bergleute und 200 000 in verwandten Gewerben beschäftigte Arbeiter die Arbeit niederlegen. Die großen Dampferlinien Liverpool's werden durch den Streik nicht berührt, da sie ihre Kohlen von Süd-Wales beziehen, wo die Arbeit nicht eingestellt wird.

Manchester, 8. März. Der Generalsekretär der vereinigten Kohlenarbeiter, Thomas Ashton, erklärte heute, daß weder die Kohlenarbeiter noch die Besenbesitzer für die Preissteigerung der Kohlen verantwortlich gemacht werden könnten. Die Eigentümer der Kohlengruben hätten nicht die Absicht gehabt, einen dem allgemeinen Geschäftsgang wie dem Publikum nachteiligen Weg einzuschlagen.

Glasgow, 7. März. Schottland ist durch die Kohlenkrisis bis jetzt noch kaum in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Hälfte der schottischen Kohlenarbeiter wird wöchentlich fünf Tage ihre Arbeit fortsetzen. Die schottischen Eisenbahnen haben Ueberfluß an Brennmaterialien in ihren Depots aufgebäuft.

Paris, 7. März. In den Kohlengruben von Carmaux-Albi haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Derselben verlangen eine Lohnerhöhung. Bisher ist keine Ruheförderung vorgekommen. Die Zahl der Streikenden beträgt vorläufig 2000.

### Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat die Wahlen der Abg. Möller (natlib.) (G. Arnberg) und Boll (natlib.) (Z. Bromberg) für gültig erklärt. Bezüglich des ersten Mandats waren von der Kommission auf Grund eines Protestes von sozialdemokratischer Seite neue Erhebungen beim Reichskanzler beantragt und auch veranstaltet worden.

Durch die Blätter geht eine Notiz, daß man in Reichstagskreisen davon rede, das kürzlich eingebrachte „Zuhältergesetz“ vielleicht in einer geheimen Sitzung zu beraten. Man hat dem gegenüber eingewendet, daß die Reichsverfassung — im Gegensatz zur preussischen — keine geheimen Sitzungen kenne. Art. 22 der Reichsverfassung lautet einfach: „Die Sitzungen des Reichstags sind öffentlich.“ Dagegen liest man im § 36 der Geschäftsordnung des Reichstags: „Die Sitzungen des Reichstages sind öffentlich. Der Reichstag tritt auf den Antrag seines

Präsidenten oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist.“ — Einige Staatsrechtslehrer sind nun der Ansicht, daß die Beschlüsse, welche in solchen geheimen Reichstagsitzungen gefaßt werden, im Sinne der Verfassung keine gültigen Reichstagsbeschlüsse seien; Andere meinen, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit in bestimmten Fällen eben nur die sich von selbst ergebende Ausnahme von der prinzipiellen Öffentlichkeit sei. Der Reichstag hat durch seine Geschäftsordnung die letztere Ansicht adoptirt und wird, wo es ihm notwendig scheint, jedenfalls danach handeln. Eine andere Frage ist es freilich, welchen Eindruck eine solche Geheimhaltung im Lande hervorrufen würde.

Das preussische Herrenhaus nimmt am 22. d. M. seine Beratungen wieder auf. Es sollen dann ununterbrochen 14 Tage lang bis zum Eintritt der Osterferien Sitzungen stattfinden, um die dem Hause vorgelegten kleineren Entwürfe sowie den bis dahin im Abgeordnetenhause festgestellten Staatshaushaltsetat und das Polizeistrafgesetz zu erledigen. Dann tritt das Herrenhaus wieder zusammen, wenn ihm das Volksschulgesetz überwiesen sein wird.

Zu den geschäftlichen Anordnungen im Abgeordnetenhause hören wir, daß man die Erledigung des Etats in zweiter Lesung im Lauf der gegenwärtigen Woche zu bewirken hofft. In der nächsten Woche würden alsdann einige Tage für die dritte Staatsberatung und einige kleinere Vorlagen angesetzt werden. Alsdann aber dürfte starker Stoffmangel und voraussichtlich manche Unterbrechung eintreten, da die Regierung, im Interesse der Förderung des Volksschulgesetzes, neue Vorlagen zunächst nicht einbringen zu wollen scheint.

Der Kommissionsbericht über den von den Abg. Barth und Ricker eingebrachten Gesetzentwurf betreffend Abänderungen und Ergänzungen des Reichswahlgesetzes (bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses) ist jetzt erschienen. Das Ergebnis der Beratung wird in dem, von dem Abg. Gröber (Centrum) erstatteten Bericht folgendermaßen zusammengefaßt: „Dem Gesetzentwurf liegt die Ansicht zu Grunde, daß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses die geltenden Bestimmungen nicht genügen und in den vom Entwurf bezeichneten Richtungen einer Aenderung bedürfen. Die Mehrheit der Kommission theilte diese Ansicht und wies zur Begründung derselben auf die zahlreichen, bei jeder Wahl in vielen Bezirken wiederkehrenden und in den Wahlanfichtungen vielfach erörterten Fälle hin, in welchen gegen den Willen des Wählers ermittelt werde, auf welchen Kandidaten der Stimmzettel laute. Die Minderheit der Kommission betritt sowohl das Bedürfnis nach einem weitergehenden Schutz des Wahlgeheimnisses, als auch die Möglichkeit, durch die vorgeschlagenen Aenderungen des geltenden Rechts einen wesentlich besseren Schutz des Wahlgeheimnisses zu erreichen; hierbei wurde namentlich geltend gemacht, daß die Fälle von Verletzung des Wahlgeheimnisses abnehmen, wie sie denn auch zum Theil mehr in den Anfechtungen, als in den Beweisfeststellungen eine Rolle spielen, und daß die vorgeschlagenen Aenderungen einerseits doch auch nicht jede Verletzung des Wahlgeheimnisses verhindern und neue Schwierigkeiten schaffen würden. Die wichtigsten Veränderungen, welche die Kommission an der Vorlage vorgenommen hat, bestehen in Folgendem: Während der Gesetzentwurf eine Mindestgröße der Wahlbezirke von 400 Einwohnern feststellte, wurde in der Kommission beschloßen, daß kein Wahlbezirk mehr als 3500 und weniger als 125 Einwohner zählen darf. Statt der vorgeschlagenen Vorordern, der Beobachtung unzugänglichen Räume zum Hineintriften der Stimmzettel in den Umschlag wird nur ein Nebentisch neben dem Tisch des Wahlvorstandes mit derartigen Vorrichtungen verlangt, daß der Wähler, ohne daß er von irgend einer anderen Person gesehen werden kann, hier seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag. Das Ende der Wahlhandlung wurde bis 7 Uhr Nachmittags ausgedehnt.

§§ In der Volksschulgesetz-Kommission wurde Montag die am Sonnabend abgebrochene Debatte über § 51 der Vorlage, mit welchem der dritte Abschnitt — über die Verwaltung der Volksschulangelegenheiten und über die Schulbehörden — beinaht, fortgesetzt und zugleich der Kompromißantrag der freikonservativen, nationalliberalen und freisinnigen Mitglieder diskutiert, welche eine Subkommission mit der Umarbeitung des ganzen dritten Abschnitts beauftragen wollen. Abg. Weber (nt.) betont den großen Vortheil der bestehenden Einrichtung der Schuldeputationen für die Förderung des Schulwesens. Die Vorlage, welche diese Deputationen beseitigen wolle, siehe im Widerpruch mit der historischen Entwicklung des preussischen Schulwesens. Die Schuldeputation, der die regionalen Behörden auf verschiedenen Gebieten ihre Befugnisse übertragen, würden viel besserer, sicherer und gegenreicher arbeiten als die Behörden, welche den Entwurf konstruieren. Würden die Schulbehörden nach der Vorlage konstruirt, so würde das eine Förderung der sogenannten Mittelschulen und eine Degradation der Volksschulen zu Armenschulen zur Folge haben. Minister Graf Zedlitz erklärt sich wiederholt bereit, Vorschläge, welche in schärferer und exakterer Weise die Mitwirkung der städtischen Schulbehörden an der Verwaltung der Volksschule gestatten, zu acceptieren. Abg. Dr. Enneccerus: Er freue sich, daß das Prinzip der Schuldeputation auch von den Konservativen anerkannt werde. Die in dem Antrage der drei Parteien niedergelegten Ideen bedeuten nichts weiter als die Erhaltung bestehender gegenreicher Zustände. Er könne nicht begreifen, daß Konservative und Centrum den städtischen Schuldeputationen in allem, was mit der Konfession und der Lehrerwahl zusammenhängt, Befugnisse nicht einräumen wollen. Art. 24 der Verfassung räume doch gerade den Gemeinden eine Betheiligung an der Leitung der äußeren Angelegenheiten ein. Eine solche Stellungnahme schaffe doch ganz unsichere Rechtszustände. Die Grundzüge im Antrage der vereinigten Parteien würden auch das Hineintragen der konfessionellen Gegenläufe in die Schulverwaltung verhüten. Minister Graf Zedlitz hebt als besonderen Vorzug seines Entwurfs bezüglich der Organisation der Schulinspektion hervor, daß die Kreischulinspektoren von nun an von vielem Schreibwerk und Bureauwesen befreit würden und ihre Thätigkeit lediglich eine direktoriale und auf persönliche Einwirkung beschränkt sein werde. Gegen den Antrag der drei Parteien habe er auch das einzumenden, daß der Gemeindevorsteher den Vorsitz im Schulvorstand einnehmen soll; dazu seien viele auf dem Lande wegen ihrer geringen Bildung nicht fähig. Abg. Dr. Brühl (Centrum): Nach der Verfassung müßten zwei Organe, eines für die inneren und das andere für die äußeren Angelegenheiten geschaffen werden. Er sei nicht dafür, den Städten etwas auf dem Gebiete der äußeren Angelegenheiten zu nehmen. Durch Statut könne die Möglichkeit offen gelassen werden, sie in ihren bisherigen Befugnissen zu schützen. Auf dem Boden der Grundprinzipien, welche der Entwurf enthalte und welche die Mehrheit der Kommission anerkannt habe, sei er bereit, einer Subkommission zuzustimmen. Abg. Seyffardt (nt.) bittet dringend, der Einlegung einer Subkommission zuzustimmen. Es sei nicht anders möglich, die schwierige Frage der Konstruktion der Schulbehörden zu lösen. Abg. Wessel (freikons.) Aus langjähriger Praxis habe er den Kreischulinspektor im Hauptamt schätzen gelernt. Es habe ihm und seinen Freunden fern gelegen den Geüllichen, insofern er nicht Volksschulinspektor ist, als Vertreter des Vorstehenden zu eliminieren. Es würde, wenn ein Heillicher eine Mehrzahl von Schulen unter sich hat, zu einer Verdrängung der Geschäfte führen, wenn nur er allein den Vorsitz haben solle. Im Schulverbande neben dem Verbandesausschuß noch einen Schulvorstand einzustellen, erweise nicht zweckmäßig. Nach der Vorlage habe der Schulverband, obgleich er die Last trage, keinen Vertreter im Schulvorstande. Die Gemeinde- und Ortsvorsteher, die nach der Vorlage zum Schulvorstand gehören, wären Vertreter der betreffenden Gemeinde- und Gutsbezirke, nicht aber der Gemeinden. Die Wahl der Schulvorstandsmitglieder durch die Gemeinden werde in konfessionell gemischten Orten Unfrieden in die Gemeinden bringen. Abg. v. Heydenbrand (kons.): So sehr er den Wunsch nach einer Verän-

eine Anstellung in den kaiserlichen Gärten gefunden. Treu erfüllte er seine Pflicht, zurückgezogen lebte er nur dem Glück seines Weibes und unserer Kinder. Wir tauschen mit keinem Fürsten. Da kam vor einem Jahre jener Pierre, der schon in Marseille aus Haß und Eifersucht an Euch zum Verräther werden wollte, als Kollege meines Jacques nach Paris. Seine Tücke hatte sich nicht geändert, aber er wußte seinen Neid über unser stilles Glück Anderen zu verbergen und unter gleisnerischem Wesen die Gunst seiner Vorgesetzten und seiner Kameraden zu erwerben. Er kam empov, während mein armer Jacques unberücksichtigt blieb, mehr als einmal hatten wir die Folgen der Gehässigkeit unseres Feindes zu tragen. — Mein Jacques hatte gedient und war seiner Gesundheit halber entlassen,“ fuhr Jeanne fort; „da zu der neuen Konfektion auch das Personal des Tuileriegartens einen Mann zu stellen hatte, zweifelte keiner, daß Pierre dazu bestimmt sei. Es kam anders. Durch weitreichenden Einfluß wußte sich der Jüngere, der Ledige, der Wahl zu entziehen, er brachte es dahin, daß man erklärte, seine Dienste nicht entbehren zu können; statt seiner aber erging an meinen armen Jacques der Befehl sich zu stellen. Vergebens war alles Bemühen, das ihm drohende Schicksal zu ändern; heute Abend zwingt ihn Gewalt in das Soldatenkleid, wenn er noch länger zaudert, sich gutwillig zu stellen — und in den Blicken unseres Feindes lese ich Triumph und seine bösen Pläne für die Zukunft, wenn er mich des Schülers beraubt weiß.“

„Armes Kind,“ sagte der Greis theilnehmend; und was führt Euch, statt Eurem Manne Trösterin zu sein, an diese Stätte?“

„Die weiche, zaghafte Seele meines Jacques,“ lautete die Antwort, „läßt ihn leichter schweres Unrecht tragen,

als daß er sich zu energischer That aufzuraffen vermöchte. Mir aber kam es wie eine Eingebung von droben in dieser Nacht. Einer ist im Stande, noch in letzter Stunde unser Geschick zu wenden — der Kaiser, der Herr, vor dessen Macht sich Länder und Könige beugen. Vor einer Stunde versuchte ich, zu ihm zu gelangen, — ach, ich wußte ja nicht, daß der Erste der Franzosen sich hinter Diener und Wachen der Stimme einer Tochter Frankreichs verschließt, die nach Gerechtigkeit schreit. — Man wies mich zurück, wo ich auch anklopfte; ein Hausbeamter, der mich endlich anhörte, zuckte gleichmüthig mit den Achseln; er meinte, Se. Majestät habe Anderes zu thun, als sich mit einem Gärtner zu befassen, — und nun habe ich mich in die Einsamkeit geflüchtet, mich auszuweinen, ehe ich heimkehre, fruchtlos heimkehre, um den Vater meiner Kinder in den Krieg, in den Tod ziehen zu sehen!“

Der Greis hatte sich erhoben, das vom Alter ungetrübt Auge leuchtete fast in jugendlicher Klarheit, als spiegelte sich ein Himmelsstrahl in ihm.

„Nicht umsonst vielleicht hat des Allmächtigen Weisheit uns hier an dieser Stätte finden lassen,“ sagte er. „Was der schlichten Frau des Bürgerstandes nicht gelang, vermag möglicherweise die äußere Wirkung des Titels, den ich seit Jahren abgelegt, zu dem ich kaum mehr berechtigt, der aber noch einmal heute seinem Träger den Weg bahnen möge zu dem Träger der Krone Frankreichs, zum Kaiser Napoleon, — um Eurer Sache willen, Jeanne, der Sache der Gerechtigkeit, der Menschenliebe.“

Mit einem Freudenruf versuchte die junge Frau die Hände Belloys mit ihren Küssen zu bedecken, allein sanft wehrte der Greis ihr ab.

„Sagt mir Eure Wohnung, mein Kind, und geht mir voran,“ nahm er von Neuem das Wort; „wie es

auch komme, ich werde selber der Bote sein, der im Guten wie im Schlimmen mit Euch fühlt ob der Volkshaft, die er Euch kündet!“

Wenige Augenblicke später stand der Kirchenfürst im Innern des prunkvollen Kaiserpalastes. Trotz des einfachen priesterlichen Gewandes bewirkte die nur leicht gebeugte, ehrwürdige Erscheinung des hohen Greises einen so bedeutenden Eindruck, daß Wachen und Lakaien ihn ungehindert passieren ließen. Nun aber trat ein höherer Palastbeamter ihm entgegen und fragte nach Namen und Begehre.

„Der Bischof von Marseille,“ lautete die Antwort Belloys, „der von Sr. Majestät in dringender Angelegenheit einen Augenblick Gehör erbittet.“

Nicht ohne Erstaunen maß der goldstrobende Hofherr das unscheinbare Kleid, in dem ein hoher Würdenträger der Kirche zum Mächtigen der Erde trat. Nichtsdestoweniger geleitete er den Greis erfurchtsvoll in ein Vorzimmer nahe dem kaiserlichen Kabinete, während er selber die Meldung an den Herrscher gelangen ließ.

Napoleon saß an seinem Schreibtisch, in seiner Nähe stand Cambacères, der Erzkanzler des neuen Kaiserreichs. „Se. Heiligkeit, Papsi Pius VII.,“ nahm der Kaiser eben das Wort, „hat mir Antwort gefandt auf meine Anfrage, ob er besondere Wünsche bei Neubesetzung des durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigten erzbischöflichen Stuhles zu Paris hege? Der Bescheid Sr. Heiligkeit lautete kurz: „Der Würdigste!“ — Wohl, man stelle mir die Liste der geeigneten Kirchenfürsten zusammen, damit ich dem heiligen Vater weitere Vorschläge machen kann.“

Der Kaiser ward unterbrochen, von der Schwelle meldete ein Kämmerer erfurchtsvoll die Anwesenheit und

digung theils, so habe er doch nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß Aussicht auf eine Verständigung vorhanden sei. Insbesondere schwebten bezüglich der Zusammenlegung des Schulvorstandes erhebliche Differenzen, für deren Lösung er keine Aussicht sehe. Nach seiner Meinung würden die Gemeinden bei der Wahl des Schulvorstandes den konfessionellen Verhältnissen nicht dieselbe Berücksichtigung angedeihen lassen, wie die Hausväter. Abg. Dr. Birchow weist aus den Berliner Schulverhältnissen die Vorzüge der städtischen Schuldeputationen nach. Der Gesetzentwurf wolle den Städten die Schulverwaltung nehmen und denselben neue Lasten auferlegen. Für die ländlichen Verhältnisse halte er die Wahl des Schulvorstandes durch die Hausväter für nicht denkbar. Minister Graf Jedlich bestreitet, daß die Gemeinden nach dem Entwurf mit der Schulverwaltung nichts mehr zu thun haben sollten. Das Gegentheil sei der Fall, sie würden künftig genau so wie bisher über Schulgründungen, Lehrernahmen und überhaupt in der ganzen Schulverwaltung ein Wort mitzusprechen haben. Darauf wird zur Abstimmung geschritten, und der Antrag der freikonservativen, nationalliberalen und freisinnigen Mitglieder, eine Subkommission mit der Umarbeitung des dritten Abschnitts der Vorlage (Verwaltung der Volksschulangelegenheiten, Schulbehörden) nach bestimmten Grundrissen zu betrauen, gegen die Stimmen des Centrums und der Konservativen abgelehnt. — Die nächste Sitzung der Kommission ist auf Mittwoch Abend anberaumt.

Die Abgeordneten Dr. Dürre, Dr. Graf und von Schenkendorff haben, unterstützt von 45 anderen Mitgliedern der nationalliberalen Partei, die nachstehenden Anträge zum Normaletat der höheren Lehranstalten eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: A. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, I. die mit dem Normaletat herbeigeführte Verbesserung in den Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten als abgeschlossen nicht zu erachten und gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter weiter zu führen, II. Maßregeln zu treffen, um den Normaletat für die staatlichen höheren Lehranstalten auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehranstalten zur Durchführung zu bringen, 3) die durch die Organisation der Schulen dauernd notwendig gewordenen oder dauernd notwendig werdenden Stellen baldmöglichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen. B. Dem § 3 des Normaletats nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß den bereits definitiv angestellten, sowie den demnächst anzustellenden ordentlichen, wissenschaftlichen Lehrern auf ihr Dienstalter der über drei Jahre hinausgehende Theil der Dienstzeit als remunerierte Hilfslehrer angerechnet werde, soweit nicht diese längere Dauer der Hilfslehrzeit durch Ablehnung angebotener Stellen als ordentlicher Lehrer veranlaßt ist.

Die Kommission für den Gesetzentwurf über die Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit hat am Dienstag ihre zweite Beratung abgeschlossen, sodaß der Entwurf nunmehr wieder an das Plenum gelangen kann.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, Dr. Kayser und andere Kommissarien.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Etatsberatung wird bei den Einnahmen und Ausgaben für die Schutzgebiete fortgesetzt.

Der Etat für Kamerun schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 568 000 Mk. ab. Die Kommission hat den Etat unverändert bewilligt.

Die Besoldungen der Beamten in Kamerun betragen 57 250 Mark, welche auf dem außerordentlichen Etat des Auswärtigen Amtes stehen. Die Summe wird ohne Discussion bewilligt.

Abg. Richter (dfr.) erklärt, daß die freisinnige Partei ihre in der Kommission abgelehnten Anträge auf Abhebung verschiedener Posten wegen der Unsichtbarkeit dieser Anträge im Plenum nicht wiederholen werde.

Die Einnahmen aus Zöllen, Abgaben und Gebühren in Höhe von 524 000 Mk. werden darauf genehmigt.

Als Zuschuß aus Reichsfonds zu den Betriebskosten einer Expedition in das Hinterland sind 20 000 Mk. gefordert. Die Position wird ohne Debatte genehmigt, ebenso die ordentlichen Ausgaben und das Extraordinarium. Als Reservefonds zu unvorhergesehenen Ausgaben sind 42 750 Mk. ausgeworfen.

Die Besoldungen der Beamten für das Schutzgebiet von Togo belaufen sich auf 295 000 Mk. Der Titel wird bewilligt. Der Etat für Togo balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 116 007 Mk. An Einnahmen sind eingestellt an Zöllen, Abgaben und Gebühren 112 000 Mk.; verschiedene Verwaltungseinnahmen 4000 Mk.; die ordentliche Ausgaben betragen 37 500 Mk., die einmaligen (zur Ausführung öffentlicher Arbeiten) 16 000 Mk., der Reservefonds zu unvorhergesehenen Ausgaben 2500 Mk. Der Etat wird bewilligt.

Für das südwestafrikanische Schutzgebiet betragen die Besoldungen der Beamten 29 500 Mk. Die Summe wird bewilligt.

Der Etat für dieses Schutzgebiet balancirt mit 297 000 Mk. in Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 4700 Mk. an Abgaben, Gebühren und verschiedenen Verwaltungseinnahmen und 292 300 Mk. Reichszuschuß.

Referent Abg. Prinz Arenberg berichtet, daß in der Kommission von einer Seite bei der Werthlosigkeit des Luderiklandes darauf gedrungen worden sei, daß man endlich dieses Gebiet dereliquire. Nachdem die Bildung einer Gesellschaft zur Ausbarmung der angebliehen Mineralische des Landes nicht zu Stande gekommen sei, habe es keinen Werth mehr, unter Aufwendung so beträchtlicher Reichsmittel diese Sandbüchse noch zu halten. Die Kommission hat in ihrer Mehrheit diesen Standpunkt nicht getheilt. Das Deutsche Reich könne doch den Kolonialbesitz von Südwestafrika nicht bloß von rein kaufmännischen Standpunkt aus ansehen. Der Bericht des Kommissars Herrn von François mache von der Gründung einiger neuer Gesellschaften Mitteilung; man habe hiernach wohl das Recht, weiter eine abwartende Stellung einzunehmen.

Abg. Bamberger (dfr.): Ich beantrage, für Südwestafrika alles zu streichen und diese sogenannte Kolonie fahren zu lassen. Es war die erste, die schlechteste und die hoffnungsloseste aller Kolonien, die uns bis jetzt näher getreten sind. Es ist im letzten Jahre ein neues Faktum eingetreten, dessen der Referent schon gedachte. Bisher wurden wir immer darauf vertrieben, daß große Dinge, die im Werke seien, endlich Gestalt gewinnen würden. Es sollte eine neue Gesellschaft, vorwiegend mit englischem Gelde, geschaffen werden, welche der südwestafrikanischen Kompanie einen Theil ihrer Berechtigungen abkaufen sollte. Die ersten Anerbietungen dieser ursprünglich englischen Gesellschaft wurden vom Reichsanwalt aus nationalen Gründen zurückgewiesen. Es sollte nun die Gesellschaft als eine deutsche, aber nach wie vor mit beträchtlicher Beteiligung des englischen Kapitals, ins Leben gerufen werden. Ein Reuegeld von 200 000 Mk. war ausgemacht, wenn das Geschäft nicht zustande kommen sollte. Am 18. Februar d. J. aber erklärte die neue hamburgisch-englische Gesellschaft, sie stände von der Kontrahierung des Geschäfts ab und ließe lieber die 200 000 Mk. im Stich. Dieser Vorgang beweist doch deutlich, daß mit Südwestafrika nichts anzufangen ist. In der Kommission haben wir nur die alten Erklärungen wieder zu hören bekommen. Der Fall ist eingetreten, wo die Regierung selbst uns neue Entschlüsse vorlegen mußte; sie darf sich nicht, wie man in Westreich sagt, weiter fortsetzen. Offenbar ist in der Zeit der wildesten Spekulation in England, als man von allen Seiten die Entdeckung neuer Goldminen lancirte, jenes englische Projekt acceptirt worden. Inzwischen ist die Enttäuschung eingetreten, die Spekulation hat das Vertrauen zu den dortigen werthvollen Entdeckungen verloren und schließlich hat man es vorgezogen, die 200 000 Mk. fahren zu lassen. Nun frage ich: Wo sind die neuen Thaten und Entschlüsse der Regierung diesem neuen Faktum gegenüber? Sollen wir ein Territorium für 300 000 Mk. jährlicher Opfer aus deutschen Steuern lediglich in der Hoffnung behalten, weil in Zukunft einmal irgend etwas, was Niemand weiß, dabei herauskommen könnte? Das halten wir für völlig unverantwortlich und lehnen die ganze Reichssubvention ab! (Beifall links.)

Abg. Hammacher (nl.): Die südwestafrikanische Gesellschaft ist eine Privatgesellschaft; das Schutzgebiet im ganzen ist vielfach größer als der ihr gehörige Theil. Die Einwirkung des politischen Moments und des Herrn Carren ist bei dem Scheitern der Verhandlungen viel größer gewesen, als Herr Bamberger zuzulassen will. Daß die deutschen Mitglieder des Konsortiums die Sache ernst nahmen, beweist doch allein der Name Voermann. Das Nichtzustandekommen des Vertrages berechtigt durchaus nicht zu der Meinung, daß Luderikland plötzlich werthlos geworden sei. Schon vor 1884 hatte Jahrzehnte lang ein Bergbau auf Kupfererze dort stattgefunden. Zahlreiche Minen waren in einem allerdings kümmerlichen Betriebe, der aber den lokalen Zwecken genügte. Da nun die Aufmerksamkeit allein auf diese Seite gerichtet war und sich unbefriedigende Resultate ergaben, hat man nach langer Unthätigkeit endlich die landwirtschaftlichen Verhältnisse dieses 1/2 Mal den Flächenraum Deutschlands umfassenden Gebiets näher geprüft und kommt zu der Erkenntnis, daß es die Mühe lohnen wird, dasselbe zu kultiviren. Für die Erproblichkeit dieser Versuche sprechen die Berichte des Dr. Schinz, sowie des Reichskommissars und des Herrn v. Uechtritz, der im Auftrage der Kolonialgesellschaft das ganze Gebiet bereist hat. Wir würden ein Unrecht begehen, wenn wir der Regierung die Mittel zur Festhaltung von Südwestafrika nicht bewilligten.

Abg. Graf Arnim (Rp.) Herr Carren thut seit Jahren nichts anderes als daß er dem deutschen Besitz an der Südwestküste Afrikas Schwierigkeiten bereitet; er erklärt, die Kolonie sei werthlos und Herr Bamberger erklärt dasselbe; beide Erklärungen können nur die Wirkung haben, die Kolonie mühselos in die Hände der Engländer zu bringen. Man erregt lieber Unruhe und Mißtrauen, als daß man ein gewisses Vertrauen in die Zukunft unserer Kolonien sich festsetzen läßt; daß ist ein ganz unrationales Beginnen. Nach oberflächlicher Schätzung existiren ja in dem Gebiete mindestens 3 Millionen Schafe; die Möglichkeit einer Viehzucht in großem Stil ist also unbedingt gegeben. Mit Herrn Witbooy wird einmal ein sehr ernstes Wort gesprochen werden müssen; dazu bedarf es einer Vorlage, welche die Regierung in den Stand setzt, den unwürdigen Zuständen, welche die Häubereien und Ueberfälle des Herrn Witbooy herbeiführen, ein Ende zu machen. Hauptsächlich wird es sich also um eine Verstärkung der Schutztruppe bezw. um eine Expedition gegen Witbooy handeln.

Staatssekretär v. Marschall: Die Regierung ist fest entschlossen, die Schutzherrlichkeit über Südwestafrika aufrecht zu erhalten. (Bravo! rechts.) Dieser Entschluß ist die Voraussetzung einer Kolonialpolitik, welche auf die wirtschaftliche Ausbarmung dieser Gebiete, auf die Verwerthung des deutschen Kapitals in den Kolonien gerichtet ist. Dazu bedarf es einer stetigen, ununterbrochenen Arbeit, gleich entfernt von Kleinmuth, wie von übertriebenen Illusionen. Ueber den Werth oder Unwerth von Südwestafrika lasse ich mich in keine Debatte ein mit einem solchen unbegleiteten Gegner, wie Herr Bamberger ist, mit dem eine Verständigung einfach unmöglich erscheint. Wir müssen auch den Anschein vermeiden, als ob wir irgend etwas von unsern Kolonien gutwillig fahren lassen würden. Welchen Eindruck soll es in der ganzen Welt machen, wenn wir angesichts einer so minimalen Leistung von 293 000 Mk. erklären wollten, wir seien jetzt mit unserer Kraft zu Ende? Das würde überall das Vertrauen in die Stabilität unserer Kolonialpolitik erschüttern.

Abg. Richter (dfr.): Je schlechter eine Sache ist, desto stolzere Worte werden zu ihrer Verteidigung gebraucht. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Für Luderikland war Herr Hammacher 1884 geradezu begeistert, während ich schon damals diese Gegend als ein elendes Sandloch bezeichnete. Diese Ansicht hat sich von Jahr zu Jahr mehr bestätigt. Selbst Hammacher hat in der Budgetkommission erklärt, nicht eine Mark sei die bergmännische Aussicht von Südwestafrika werth. (Zwischenruf.) Warum sollen wir denn die Steuerzahler dafür heranziehen, Herr Hammacher weiß sonst, wo etwas in bergmännischen Sachen zu holen ist; hier giebt er nichts dafür. Da es mit den Bergwerken nichts war, spricht man von der Güte des Klimas; wunderbar, daß man nicht den Vorschlag macht, Luftkurorte dort zu errichten. Das neueste ist nun die Viehzucht. Aber in der Kommission ist uns schon gesagt worden, die Viehzucht lohne sich überhaupt nicht. Die künstliche Befestigung des Wasser mangels

das Begehren des im Vorjaal verweilenden bischöflichen Herrn.

Napoleon lächelte. „Wohl eine Empfehlung in eigener Person, die den Hochwürdigen von Marseille nach Paris treibt,“ meinte er spöttisch; „mag er kommen, sein Name aber auf die Liste nicht!“

Wenige Minuten später betrat Bischof Velloy das Gemach des Gewaltigen; zum ersten Male blickte er in das marmorne Antlitz des Völkerzwingers, und doch wollte es ihm scheinen, als sähe er es nicht zum ersten Male.

Auch der Kaiser stuchte, aber aus anderer Ursache; eine Wolke überflog seine Stirn und gebieterisch sagte er; „Man meldet mir den Bischof von Marseille — Sie sind es nicht!“

Ruhig hielt der Greis den Flammenblick aus, vor dem Marschälle erbeben. „Sie haben Recht, Sire,“ erwiderte er; „ich bin es nicht mehr, ein Anderer waltet meines heiligen Amtes verdienstvoll. Daß ich es aber Jahre gewesen, mit Stolz mein Haupt erheben kann, es gewesen zu sein, verließ mir das Anrecht, ungesäumt Ihr Ohr zu erbitten. Die Gewalthaber des Jahres 1793 verbannten mich, weil ich meine Ueberzeugung zu verleugnen mich weigerte, — meine Name ist Bischof Jacques Baptiste Velloy!“

Die Zorneswolken im Antlitz des Kaisers waren gemichen. „Bischof Velloy!“ rief er, „einer der wenigen Menschen, von deren Uneigennützigkeit ich mich selber überzeuge. Ich erkenne Sie wieder, den ich, zu jener Zeit ein schlichter Artillerieoffizier, gegen Verrath und Gewalt schützte. Als General hofften Sie mich wieder zu finden, lassen Sie sich vom Kaiser begrüßen!“

Auf Napoleons Wink rückte der Kanzler dem Greise

einen Sessel zurecht; dankend lehnte der Kirchenfürst den Sitz ab.

„Meine Gegenwart soll Sie nicht lange stören, Sire,“ nahm er das Wort. „Seit drei Tagen nach Frankreich zurückgekehrt —“

„Erklären Sie mir, wo Sie sich in den Jahren Ihrer Abwesenheit verbargen, da man bei Herstellung der Ordnung in Frankreich nach Ihnen forschte, Ihnen die gebührende Würde aufs Neue zu verleihen, mit der später ein Anderer befehnt werden mußte,“ rief Napoleon in seiner raschen Weise.

„Nach mancherlei Fährlichkeiten mit meinem alten treuen Diener in der Schweiz angelangt, fand ich dort an einem stillen Erdenflecken, wohin der Zwist der Mächtigen nicht reichte, ein Asyl, einen Kreis zur Uebung priesterlicher Pflicht und der Bruderliebe. Da suchte mich lang dauernde Krankheit heim; als ich genesen, war mein heiliges Amt längst von einem Besseren vertreten. — Ich fühlte mich glücklich unter schlichten Leuten und begehrete der Erde Schimmer nicht. Nun aber, da ich meinen treuen Begleiter in fremde Erde gebettet, ergriff mich unwiderstehlich die Sehnsucht nach meinem geliebten Vaterlande, in heimathlichem Boden möchte ich dieses weiße Haupt betten, die schwache Kraft meines Alters noch zum Wohl meiner Landsleute nützen.“

„Ich verstehe,“ rief der Kaiser. „Sie kommen, um ein Kirchenamt zu erbitten, oder lieber wohl eine glänzende Pension, Ihren Tugenden, Ihrer Würde angemessen?“

„Nein, Sire,“ lautete die Antwort, „ich wünsche nichts, als der schlichte Priester zu bleiben, dem das tägliche Brod genügt, das Gottes Guld ihm verlihen. — Aber als Diener des Höchsten aller Ewigkeit nahe ich der

irdischen Majestät, für brave Leute Schutz gegen Gewalt und Unterdrückung zu ersehen.“

Napoleon konnte eine lebhaftere Bewegung nicht unterdrücken. „Wie, Ihr steht vor mir und heischt für Andere?“ rief er.

Mit wenigen Worten berichtete der Greis, was ihm selber die Nichte seines Freundes im Tuileriegarten mitgetheilt. — Als er geendet, hatte sich der Kaiser erhoben. „Noch in dieser Stunde sei strengste Untersuchung eingeleitet,“ sagte er; „Ihr Schützling aber sei guter Zukunft versichert, seines Schützers halber.“

„Ich danke Ihnen, Sire,“ — freudig verneigte sich der Bischof zum Abschied — „der Segen der durch Sie Glücklichen wird Ihnen lohnen!“

Ein Gedanke schien den Kaiser zu durchblitzen, da sein Auge eben zufällig das vor ihm liegende Schreiben des Papstes streifte. — „Herr Bischof Jacques Baptiste Velloy,“ — eine Handbewegung hielt den sich entfernenden Greis zurück — „ich bitte um Ihren Rath. Der erzbischöfliche Stuhl von Paris ist erledigt. Wissen Sie einen Nachfolger des Verewigten vorzuschlagen?“

„Sire, ich bin ein Fremdling in meinem Vaterlande geworden,“ erwiderte der Gefragte. „Möge die Weisheit des heiligen Vaters unter Erlesenen der Erlesenen entscheiden.“

„Sie hat es!“ rief Napoleon rasch. „Wird der Bezeichnete der päpstlichen und der kaiserlichen Bestimmung folgen?“

„Wer, der das Kleid des Priesters trägt, dürfte sich dem Willen der höchsten priesterlichen Macht entziehen?“ fragte Velloy. „Gehorsam gegen Staat und Kirche ist

ist gewiß möglich, fragt sich nur, was es kostet. Die aufgehende Sonne für die Gegend ist die Schatzkucht. Gesezt es brächte die Volkswirtschaft Erfolg wie im Kapland; die Folge wäre eine Konkurrenz, ein Preisdruck der importierten und damit auch der inländischen Wolle, das Gegenheil von dem, was die Rechte will, nämlich von dem Schutz der einheimischen Wolle. Da heißt sich Ihre ganze Wirtschaftspolitik wieder einmal in den Schwanz. Die Siedelungsgesellschaft, welche sich gebildet hat, lehnt es ab, aus der Heimath Deutsche dorthin reisen zu lassen, sie hält es nur für möglich, Deutsche dort anzusiedeln, welche schon im Kaplande gemein sind. Die Leute der Zukunft sollen die Boeren sein; der Direktor beruft sich dabei auf die Berichte des Herrn von François. Aber die Unsicherheit des Landes ist so groß, daß es selbst die Boeren dort nicht aushalten. Auch hier muß überdies die Aufhebung der Sklaverei herhalten, die in Südwestafrika gar nicht in Frage steht; die Missionen aber haben schon früher bestanden und bestehen noch jetzt und würden vielleicht noch mehr prosperiren, wenn sich keine europäische Nation hineingemischt hätte. Witbooy hält es notorisch für seine göttliche Mission, Vieh zu stehlen; das ist einmal sein Kurs, das ist ihm von oben, von Gottes Gnaden vorgeschrieben worden. (Weiterkeit.) „Gott sei Dank“, sagte der Kommissar in der Kommission, „daß er nur das Vieh der Eingeborenen, nicht der Weißen stiehlt. (Weiterkeit.) Das ist aber nicht zutreffend, denn ein sehr bald nach dieser Aeußerung erdienter Bericht in der Kreuzzeitung bezeugt, daß auch das Vieh der Schutztruppe gestohlen worden ist. Die 50 Mann der Schutztruppe kosten uns 200 000 Mark. Wie groß soll wohl eine Schutztruppe sein und was würde sie kosten, die dieses Land, 1 1/2 mal so groß wie Deutschland, schützen soll? 310 Deutsche leben da; sie könnten für die 200 000 M. alleamt nach Deutschland übergeführt und hier sehr anständig unterhalten werden. Statt dessen empfiehlt Graf Arnim noch eine Erhöhung des Zuschusses. Im vorigen Jahre hieß es: wir müssen da bleiben, weil die Engländer da sind; heute sollen wir dableiben müssen, weil die Engländer nicht mehr da sind. Die Berufung auf Reisende und Bücher kann uns nicht imponiren, vielmehr hätte Herr Hammacher und Herr Graf Arnim Eindruck auf uns gemacht, wenn sie erklärt hätten, jeder 300 000 oder 500 000 aus ihrer Tasche in die Sache zu wagen. (Weiterkeit.) aber je größer der Enthusiasmus, desto zugespitzter die Spitze. Für England kann Südwestafrika immerhin einen gewissen negativen Vortheil haben. Der deutsche Unternehmungsgelbst hat doch nicht auf die deutsche Kolonialpolitik gewartet, um sich in fremden Meeren niederzulassen. Man will dem deutschen Volke seine Schulden erhalten, so wird feierlich erklärt; denn etwas Anderes bedeutet es nicht, wenn man uns verichert, Südwestafrika solle Deutschland erhalten bleiben. Was der Staatssekretär zuletzt erklärte, ist die Politik des reinen Eigensinns, so „mit dem Kopf durch die Wand.“ Wir haben auch eine falsche Samoapolitik aufgegeben, wir haben die Karolinen aufgegeben und nirgends hat das unsern Ansehen geschadet. Gerade im Interesse des Ansehens von Deutschlands müssen wir uns so bald wie möglich von dieser Kolonie losmachen!

Abg. Graf Mirbach (Dk.): Meine Partei wird die Vorschläge der Regierung annehmen und die Forderung bewilligen. Ich befinde, daß die Freimüthigen auch heute unsere Kolonien so gut wie möglich diskreditirt haben und daß ihre Vorschläge ganz indistinkabel sind.

Der Etat für Südwestafrika wird unverändert bewilligt. Die allgemeine Bemerkung zu dem Etat der drei Schutzgebiete, wonach ein bei einem Schutzgebiet sich ergebender Ueberschuß zur Dedung etwaiger Fehlbeträge in anderen Schutzgebieten mit herangezogen werden kann, wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission gestrichen. Das in der Kommission vorgeschlagene besondere Etatsgesetz wird in erster und zweiter Beratung ohne Debatte genehmigt, desgl. in zweiter Beratung der G. C. betr. die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten wegen des Urheberrechts; Stat.)

Sitzung vom 8. März, 12 Uhr.  
Am Tische des Bundesrathes von Malsahn, von Marshall.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation

Gesetz für den Verkünder des Gotteswortes; das gleiche Satzung lehrt.“

„Wohl“, rief Napoleon, „Sie haben Ihre Entscheidung gesprochen. — Noch heute geht ein Courier an den heiligen Vater ab; da Papst Pius mir den Würdigsten als Erzbischof von Paris vorschlug, brauchte ich nicht lange zu suchen: von dieser Stunde an nennt er sich Jacques Baptiste Belloy!“

Noch an demselben Tage wurde durch kaiserliche Ordre der brave Jacques mit einem ansehnlichen Posten in den kaiserlichen Gärten bekleidet und für immer jeder Sorge um seine Zukunft überhoben. Vor dem Haß des neidischen Pierre ward er und die Seinen durch die Einreihung des rohen und gleisnerischen Burschen in den nach Afrika bestimmten Truppentheil bewahrt.

Noch mehrere Jahre war es dem freudig vom heiligen Vater Pius VII. bestätigten neuen Erzbischof von Paris, Jean Baptiste Belloy, vergönnt, segensreich seines hohen Amtes zu wachen; mit dem Purpur des Kardinals geschmückt, bettete der an der Grenze der Hundert stehende erbabene Greis sein Haupt zur ewigen Ruhe, und ungezählte Thränen der Liebe und des Dank rannen, droben zu leuchtenden Perlen verklärt, auf das Grab des Würdigsten!

\*) Die Erhebung Belloys wie die anderen Handlungen desselben sind historische Thatfah.

der Abgg. Siegle und Schenk von Stauffenberg, welche vom 10. Dezember 1891 datirt und folgenden Wortlaut hat:

1) Gedenkt die Reichsregierung die Bedingungen des amerikanischen Gesetzes für die Anwendung desselben auf deutsche Reichsangehörige zu erfüllen und wird sie dem Reichstage eventuell hierüber eine Vorlage machen?

2) Gedenkt die Reichsregierung den Abschluß eines Vertrages mit der österreichisch-ungarischen Regierung anzubahnen, durch welchen den bestehenden Mängeln abgeholfen und insbesondere die Ausdehnung des Urheberrechtes auf die gesammte österreichisch-ungarische Monarchie herbeigeführt wird?

Nachdem Staatssekretär von Marshall sich bereit erklärt hat, die Interpellation sofort zu beantworten, führt zur Beratung derselben

Abg. Siegle (nl.) aus, daß der Schutz der deutschen Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst im Allgemeinen in außerdeutschen Staaten ein sehr mangelhafter sei, hauptsächlich in Beziehung auf die Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn. In Amerika sei neuerdings ein Copyright-Gesetz zu Stande gekommen. Dieses sichere allen Ausländern den gleichen Schutz wie den Amerikanern zu, sofern die betreffende Regierung den Nachweis erbringt, daß die Amerikaner ebenso wie die Angehörigen des betreffenden Staates behandelt werden. England, Frankreich, Belgien, die Schweiz hätten diesen Nachweis erbracht; das deutsche Reich habe aber eine gleiche Erklärung noch nicht abgegeben und die deutschen Urheber seien in Folge dessen bis jetzt in Amerika vollständig schußlos. Durch die unsauberen Manipulationen werden die deutschen Autoren in schlimmster Weise benachtheiligt; das gilt gleichmäßig von Amerika und Oesterreich-Ungarn.

Staatssekretär von Marshall: Die erste Frage der Herren Interpellanten hat durch den am 15. Januar zu Stande gekommenen Abschluß eines Uebereinkommens zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte ihre Erledigung gefunden. Was die zweite Frage betrifft, so können wir sie mit Ja beantworten. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes und Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn ist nicht erwünscht. Infolge der Interpellation ist unsererseits die Anfrage nach dort gerichtet worden, ob Günstigkeit zum Abschluß einer Literarkonvention mit uns bestehe. Diese Frage ist bejahend beantwortet worden; wir werden zunächst innerhalb unserer Ressorts in Erörterungen treten und dann direkt mit Oesterreich-Ungarn verhandeln; wir hegen die begründete Hoffnung, daß schon im Anfang der nächsten Session ein entsprechender Vertrag Ihnen vorgelegt werden wird. (Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation wird nicht beantragt; der Gegenstand ist damit erledigt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des am 15. Januar in Washington abgeschlossenen Uebereinkommens zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten über den Schutz der Urheberrechte.

Abg. Dieck-Hamburg (So.) hält diesen Vertrag für unzureichend. Der amerikanische Autor werde dadurch geschützt, der deutsche nicht. Es müsse irgendwie eine Centralstelle geschaffen werden, welche als offizielle Anmeldestelle auch von Amerika anerkannt ist.

Bundesbesolmämächtigter Geh. Legationsrath Reichardt: Das vorliegende Abkommen ist keine Literarkonvention, sondern eben nur ein Reciprocitätsvertrag; die Anstände des Vorredners richten sich also lediglich gegen die amerikanische Gesetzgebung. Wir werden es ebenso machen müssen wie die Franzosen, Belgier u. s. w., um einen wirksamen Schutz zu erlangen, indem wir eine Agentur in Amerika selbst einrichten.

Nachdem Abg. Siegle sein Einverständnis mit diesen Ausführungen erklärt, wird der Vertrag in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Darauf legt das Haus die Statsherathung fort.  
Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds haben die deutschkonservativen Abgg. Graf Douglas, von Mantuffel und Menzer eine Resolution eingebracht, worin die verbündeten Regierungen ersucht werden, dem Reichstage möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch welchen eine Abänderung der Militärpensionsgesetzgebung dahin vorgenommen werden soll, daß das Recht auf den Bezug der eigentlichen Pension erst ruhen soll, wenn die nachstehenden Klassen im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst unter Zurechnung der Militärpension ausschließlich der Pensionserhöhungen mehr als folgendes Gesamtdienstinkommen besitzend: a) Offiziere und im Offiziersrang stehende Militärärzte 6000 M., b) Feldwebel 1500 M., c) Sergeanten und Unteroffiziere 1200 M., d) Gemeine 700 M., e) Unteroffiziere von 12-jähriger aktiver Dienstzeit 1800 M.

Abg. Menzer (Dk.) befürwortet die Annahme des Antrages. Die Militärpensionen ständen schon lange nicht mehr im Verhältniß zu den Unterhaltskosten und so würde die Ungerechtigkeit, die in den bestehenden Vorschriften über den Fortfall der Pension liege, täglich größer. Nebenher regt Redner an, gesetzgeberische Vorkehrungen zu treffen, daß ein Theil der Pension im Interesse der Relikten in Lebensversicherungen angelegt werden könne. In Amerika sei man mit einer ähnlichen Erweiterung der Pensionsansprüche längst vorgegangen. Ueber die Berechtigung des Antrages besteht jedenfalls bei der Regierung kein Zweifel. Alle Interessenten erwarteten die heutigen Verhandlungen mit großer Spannung; man möge ihnen nicht eine gar zu herbe Enttäuschung bereiten. Es handle sich um eine heilige Pflicht, nachdem auf Anregung des Abg. Richter eine Erhöhung der Pensionen der Invaliden in Erwägung genommen ist.

Referent Abg. von Huette theilt mit, daß der Wunsch anderweiter Regelung dieser Materie ein allgemeiner war, daß auch die Regierung eine entgegenkommende Erklärung abgegeben hat und daß ein entsprechender Entwurf schon fast fertig gestellt ist. Auch die Steigerung der Zahl der Pensionirungen wurde in der Kommission erörtert. Die Militärverwaltung konnte nachweisen, daß die relative Steigerung der Pensionirungen abgenommen hat seit 2 Jahren, daß man sich also einem Beharrungszustand näherte. Die Vermehrung wurde begründet mit der Vermehrung der Armee und den erhöhten Pensionsätzen.

Abg. Graf Douglas: Die Mittel für die Durchführung unseres Antrages würden sich leicht beschaffen lassen, wenn Sie unsern Antrag annehmen, der eine Erhöhung des Tabakzollses von 85 auf 125 M. vorschlägt.

Der Etat wird bewilligt.  
Bei dem Einnahmekapital Bankweien, Antheil des Reiches vom Reingewinn der Reichsbank 4 570 000 M., Steuer von ungedeckten Banknoten 202 700 M. verlangt

Abg. v. Strombeck eine Vermehrung der Beamtenschaft bei einzelnen Bankstellen, wo die Geschäfte eine unverhältnismäßige Zunahme erfahren haben.

Das Kapitel wird bewilligt.  
Es folgt der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Auerje. Die Einnahmen aus den Zöllen sind auf 339 451 000 Mark veranschlagt. Hierzu liegt der Antrag der Abgg. Menzer, Graf Douglas und von Winterfeldt vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zollfuß für Tabakblätter, unbenutzte, und Stengel von 85 auf 125 Mark für den Doppelzentner erhöht werden soll. Der Antrag ist außer von den Deutschkonservativen auch von den Nationalliberalen Brünnings, Brandt, Würkin und Clemm unterschrieben.

Staatssekretär v. Malsahn: Der Bundesrath hat verfassungsmäßig in letzter Instanz über die Ausführung unserer Zollgesetzgebung zu wachen. Die betreffenden Beschwerden werden keineswegs verschleppt, am wenigsten böswillig (Abg. Brömel: Habe ich garnicht gesagt!) Der Bundesrath hat allerdings vielfach abgelehnt, auf die Beschwerden einzugehen; das mögen Sie materiell mißbilligen. Das Recht des Bundesrathes werden Sie nicht bestreiten wollen. Wie sollen denn die Bescheide anders ergehen als ohne Gründe? Der Bundesrath besteht aus Bevollmächtigten, welche nach den Anweisungen ihrer Regierungen stimmen, über deren Motive wird nicht abgestimmt. Ohne Kenntniß der Gründe bleibt der Reichsverführer gleichwohl nicht, denn der Entscheidung des Bundesrathes muß eine Entscheidung der obersten Landesfinanzbehörde vorhergegangen sein, die mit Gründen versehen wird. Das Waarenverzeichnis von 1888 hat nicht mehr Widerspruch gefunden, als jene jährlichen Vorgänger. Es soll ein neues Waarenverzeichnis zum nächsten Herbst in Kraft treten; wenn der Vorredner auch dies bemängelt, so übersteht er, daß die neuen Handelsverträge eine neue Redaktion geradezu notwendig machen. Es wird nicht aus der Welt zu schaffen sein, daß über die Anwendbarkeit eines Zollfußes verschiedene Auffassungen entstehen können; die Entscheidung muß in die Hände einer oberen Instanz gelegt sein. Die Resolution von 1890 hat noch keine Verantwortung erfahren, weil die damalige Session noch währt und nach feststehender Praxis diese Verantwortung erst im Anfang der nächsten Session gegeben wird. Ich kann aber mittheilen, daß der Bundesrath schon im Dezember 1890 Beschluß gefaßt hat und zwar ablehnend.

Abg. v. Schalscha (Cr.): Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Petroleumzoll ein ungesetzmäßiger ist; dieser Zustand scheint mir aber noch erträglich gegenüber demjenigen, das ein Importeur, der auf Grund einer amtlichen Auskunft keine Einfuhrgeschäfte abgeschlossen hat, nach Jahren vielleicht durch die Nachliquidationen der Zollbehörde in die größten Schwierigkeiten gestürzt wird. In dieser Hinsicht muß ich Herrn Brömel durchaus beipflichten.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.  
Nachdem Abg. Menzer den Antrag auf Erhöhung des Tabakzollses unter steigender Unruhe des Hauses begründet hat, wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Stat, Telegraphengesetz.)

**Preußischer Landtag.**

**Abgeordnetenhaus.**

Sitzung vom 7. März, 11 Uhr.

Am Ministerische Miquel, v. Schelling, Graf Redlich und Kommissarien.

In dritter Beratung genehmigt das Haus zunächst die Gesetzentwürfe betreffend die Führung der Aufsicht bei dem Amtsgericht I und Landgericht I in Berlin, sowie die Handhabung der Disziplinalgewalt bei dem ersten Gerichte, wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindebezwecke und betreffend den Anschluß der Kirchgemeinde Heselgoland an die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Darauf folgt die Beratung des Kultusetats.  
Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers erhält zunächst

Abg. Neubauer (Bole) das Wort, welcher sich darüber beschwert, daß der Erlaß des Ministers, welcher den Privatunterricht des Polnischen in den Schulen gestattet, nicht auch für Westpreußen gilt. Die Lehrer und die Eltern haben an den Minister Bittgesuche gerichtet, den Erlaß auf Westpreußen auszuweihen, aber ohne Erfolg. Es sei aber notwendig, daß wenigstens in der Unterstufe den Kindern der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde. Das werde aber dadurch erschwert, daß man in die polnischen Landestheile Lehrer aus den westlichen Provinzen verziehe, welche der polnischen Sprache garnicht mächtig seien. Ferner klagt Redner darüber, daß in vorwiegend katholischen Kreisen der Kreisschulinspektor zur evangelischen Kirche gehört.

Abg. Richter: Ich habe schon meine Freude darüber ausgesprochen, daß der Unterrichtsminister neun Millionen Mark aus der Einkommensteuer für die Schule sich vorbehalten hat, was allerdings nicht überall dieselbe Freude erregt hat. Aber alles Geld, das wir auf die Schule verwenden, ist keine gute Anlage, wenn die Schule nicht vom richtigen Geiste befeht wird. Das Auswendiglernen von Bibelsprüchen und ein streng konfessioneller Unterricht thut es nicht allein, die Lehrer, denen die Erziehung der Jugend anvertraut ist, müssen auch als freie unabhängige Männer behandelt werden. Die Regierung in Arnberg hat die Lehrer gewarnt, für Zeitungen zu schreiben; das sei eine Nebenbeschäftigung, zu welcher die Genehmigung von der Regierung erteilt werden muß. Die Regierung in Frankfurt a. O. hat den Lehrern nahe gelegt, sich nicht mit dem Schulgesetz zu beschäftigen, weil über die Einbringung desselben eine öffentliche Erregung eingetreten sei. Bisher wurde die öffentliche Erregung immer geäußert von den konservativen Zeitungen, die jetzt schon Petitionen zur Unterschrift in ihren Redaktions-Bureaus auslegen. Die Posener Regierung soll den Lehrern verboten haben, sich an Abstimmungen über Resolutionen betreffend das Volksschulgesetz zu beteiligen. Das wäre wiederum ein gesetzwidriger Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer. Ich glaube nicht, daß der Minister solche Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer billigt. Redner weist darauf hin, daß die Nieder einer Censur unterworfen werden.

In dem Eichendorff'schen Liede „In einem kühlen Grunde“ ist an die Stelle des „Liedchen“ der „Onkel“ gesetzt; noch andere ähnliche Dinge gingen durch die Zeitungen. Wenn man so bedenklich in dieser Beziehung sei, dann müßte man auch die Bibel einer Fensur unterwerfen. In Neuteich soll eine seit langen Jahren bestehende Simultanschule in eine konfessionelle umgewandelt werden trotz des Widerspruchs des Magistrats und der Stadtverordneten; das zeigt, wie man die bestehenden Simultanschulen achten wird, wenn das Schulgesetz erst zustande gekommen ist. Bedauerlich ist die Einbringung des Volksschulgesetzes, aber etwas gutes hat sie gewirkt, denn die Gewissen sind geschärft worden. Wir werden alle Kräfte daran setzen, daß dieses Gesetz nicht in die Gesetzsammlung kommt. (Beifall links.)

Abg. von Chelmidzi spricht sich in demselben Sinne aus wie der Pole Neubauer.

Abg. Johannsen (Däne): Ich möchte die Regierung um Auskunft bitten über die Verlegung des evangelischen Bischofssitzes von Schleswig nach Kiel, also außerhalb der Grenzen seines Sprengels; was darüber in den Synoden u. s. w. verhandelt ist, hat keine genügende Auskunft gewährt. Es ist eine Zurücksetzung des schleswigischen Kirchenwesens, daß der General-Superintendent außerhalb Schleswigs wohnt, dadurch wird die Verwaltung der Kirche eine rein bürokratische, weil die Fühlung mit den praktischen Verhältnissen verloren geht.

Minister Graf Zedlig: Es handelt sich bei der Verlegung der General-Superintendentur von Schleswig nach Kiel um einen kirchenregimentlichen Akt Sr. Majestät des Königs, der nicht der Kritik des Hauses unterliegt. Ich bin aber gern bereit den Standpunkt, den ich dabei eingenommen habe, zu vertreten. So lange wie das Konfitorium in Kiel besteht, ist auch der Wunsch ausgesprochen worden, den Amtssitz des General-Superintendenten nach Kiel zu verlegen. Ich habe mich jeder Einwirkung darauf enthalten, weil es sich hier um eine provinzielle Sache handelt. Nachdem die Landesynode sich mit überwiegender Majorität für die Verlegung ausgesprochen hat und zwar nicht nur die holsteinischen Abgeordneten, sondern auch einige schleswigische Abgeordnete, so lag kein Grund mehr vor, dem entgegenzutreten.

Abg. Damink (H.) empfiehlt die Einrichtung von besonderen theologischen Lehrstühlen für die Reformierten.

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Ministers wird bemittelt. Ohne Debatte werden die Ausgaben für den Oberkirchenrath, für die evangelischen Consistorien und für die evangelische Geistlichkeit und Kirchen, sowie für katholische Bischöfe bewilligt.

Zum Kapitel 116: Katholische Geistliche und Kirchen. lagen zwei Anträge des Centrums vor, die aber vom Abg. Sperlich zurückgezogen wurden.

Abg. Biesenbach (Z.) protestiert dagegen, daß die katholischen Gemeinden aus diesem Kapitel Zuschüsse erhalten. Die Alt-katholiken seien aus der Kirche ausgeschlossen und verfassungsmäßig ausgeschlossen worden. Die Regierung solle ihnen gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, wie die bairische Regierung. Man hat dem alt-katholischen Bischof ein besonderes Ausgabe-kapitel angewiesen, warum macht man das nicht mit der alt-katholischen Gemeinde zu Krefeld ebenso?

Das Kapitel wird darauf genehmigt, ebenso das Kapitel 116a: Zurück für einen katholischen Bischof, gegen welche Ausgabe das Centrum stimmt.

Darauf wird die weitere Berathung bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf Zedlig und Kommissarien. Die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats für 1892/93 wird fortgesetzt und zwar im Kultusetat.

Die Ausgaben für die Provinzial-Schulkollegien, mit Ausnahme der Gehälter der Provinzialschulräthe, werden genehmigt, ebenso ohne Debatte die Ausgaben für die Prüfungskommissionen.

Es folgen die Ausgaben für die Universitäten. Die Universität Königsberg erhält einen Zuschuß von 804 803 Mk. (6200 Mk. mehr als im laufenden Etat.)

Bei den Ausgaben für Berlin (Zuschuß 2 101 000 Mk., 27 400 Mk. mehr als im laufenden Etat) empfiehlt

Abg. Lotichius neben der Anstellung eines Präparators beim zoologischen Museum, die jetzt in Aussicht genommen sei, die weitere Anstellung eines Ruffos.

Geb. Rath Althoff vertritt die Sache in Erwägung ziehen zu wollen und weist auf die Thätigkeit des 1887 gegründeten orientalischen Seminars hin, daß nicht nur Schüler ausgebildet, sondern auch Lehrbücher herausgegeben habe; er empfiehlt die Annahme der Mehrausgabe für dieses Seminar.

Bei den Ausgaben für Breslau (911 350 Mk., 19 370 Mk. mehr als im laufenden Etat) fragt Abg. Dasbach, weshalb Professor Weber nicht mehr lese, sondern in Bonn sich aufhalte.

Geb. Rath Althoff erklärt, daß Professor Weber als Alt-katholik durch einen anderen, nach gewisser Seite einwandfreien Professor der Philosophie ersetzt sei. Da man dem Professor Weber seine Rechte genommen und er in Breslau nichts mehr zu thun hatte, konnte sein Wunsch, ihn von seinen Verpflichtungen zu entbinden, nicht abgelehnt werden.

Für Studierende deutscher Herkunft, welche später in den Provinzen Westpreußen und Posen und im Reg. Bez. Duppeln verwendet werden, sind 100 000 Mk. ausgesetzt.

Abg. von Szarlinski empfiehlt die Streichung dieses Fonds, der eine ungerechte Bevorzugung der Deutschen sei.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Polen genehmigt.

Weim Kapitel 120: Höhere Lehranstalten, Titel 1: Zahlungen infolge rechtlicher Verpflichtungen geht

Abg. Dr. Graf-Eberfeld (ntl.) auf die Schulreform ein. Die lateinlosen Anstalten sollen zum Studium der Mathematik berechnen. Damit ist eine Breche gelegt, die schließlich zur Gleichberechtigung der verschiedenen Arten der Vorbildung führen wird. Damit schwindet dann die gleichmäßige Vorbildung für die Universitäten. In der Prüfungsordnung ist ein Kompromiß abgeschlossen. Die Vertreter der klassischen Bildung bedauern die Verminderung des Unterrichts in den klassischen Sprachen. Aber es handelte sich ja darum, die Ueberbürdung der Schüler zu beseitigen und die Gesundheitspflege, Turnen, das Deutsche und die vaterländische Geschichte mehr in den Vordergrund zu drängen. Eine Reform war bei den Realgymnasien am notwendigsten; die Vertreter derselben sind ja auch wohl damit einverstanden. In der Petition der Herren Dr. Lange und Genossen wurde die Einheitschule als letztes Ziel gefordert.

Sie sollte die Ueberfüllung der gelehrten Berufe verhindern und die Ueberbürdung verhindern.

Abg. von Eichendorff (ntl.): Die Reformbestrebungen sind nicht ausgegangen von den Schulmännern, sondern mehr von den Männern des praktischen Lebens. Man muß es anerkennen, daß ein großer Theil der lautgewordenen Wünsche erfüllt, oder ihre Erfüllung wenigstens angebahnt ist. Ein vorsichtiges Vorgehen ist gerade auf diesem Gebiete notwendig; eine radikale Umänderung konnte nicht erfolgen, man mußte sich auf den Boden des historischen Gewordenen stellen. Man müsse den Versuch machen, die Gynasien und Realgymnasien mit den Oberrealschulen in Verbindung zu bringen; an die untersten drei Klassen müßten sich möglichst drei weitere Klassen einer Oberrealschule anschließen, in welche die Schüler übergehen könnten.

Auf eine Anfrage des Abg. Klose (C.) erklärt der Minister Graf Zedlig, daß der Neubau einer Turnhalle in Leobhüg sich deshalb verzögert habe, weil über die Verpflichtung zwischen Stadt und Risikus Streit besteht; die Frage wird nochmals untersucht werden.

Abg. Grimm: Frankfurt (ntl.): Es muß eine gewisse Sicherheit geschaffen werden, daß der Schulrath möglichst selten oder niemals dem Zwischengamen beivohnt, denn sonst erhält dasselbe eine Bedeutung, die von Pädagogen als bedenklich betrachtet wird. Redner spricht seine Befriedigung darüber aus, daß das Ministerium den Versuch mit dem gemeinsamen Unterbau gestattet hat. In Konferenzen und im Parlament wird man sich über solche Fragen nicht einig können, das kann nur auf dem Boden der praktischen Erfahrungen geschehen.

Damit schließt die Debatte; der Titel wird genehmigt.

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Aus der Reichshauptstadt.

Berlin, den 9. März 1892.

\* Die Schlagfertigkeit des verewigten Superintendenten Schulz, von welcher dieser, wie wir in unserer vorigen Nummer berichteten, bei einem Zusammentreffen mit dem Propst Bollert eine so beifällige Probe gab, hat sich auch, wie uns von sehr geschätzter Seite mitgeteilt wird, auf seine Nachkommen vererbt. Bezeichnend dafür ist folgendes Geschehen: „Ein Neffe des Superintendenten, ebenfalls ein beliebter Geistlicher, verlich mit mehreren Amtsbrüdern eine Sitzung der Kreis-Synode. Es war sehr heiß und S. hatte sich deshalb einen Strohhut aufgesetzt. Da naht sich ihm beim Hinuntergehen auf der Treppe ein mehr wegen seines Glaubenseifers, als durch seinen Geist bekannter Geistlicher und sagt, auf den Hut deutend, in salbungsvollem Tone: „Aber, lieber Herr Amtsbruder, fortschrittliches Stroh!“ S. nickte ihm nur zu und entgegnete: „Ja, ich trage mein Stroh auf dem Kopfe!“ — Tableau! — Hierbei sei übrigens berichtigend bemerkt, daß zwischen Bollert und Schulz durchaus keine Disharmonie bestand. Beide Herren kamen nur deswegen seltener zusammen, weil Bollert nach Potsdam berufen wurde.

(Zu dem Raubmordversuche in der Blumenstraße schreibt man uns: Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß der Mordgehilfe aus dem Geschäft der Faust eine in der Ladentafel aufbewahrt gewesene Blechbüchse entnommen hat, in der sich zum größten Theile ganz neue Pfennige befanden. Diese hat er ohne Zweifel für Goldstücke gehalten, denn eine mit Nickelgeld gefüllte Geldbüchse hat er unberührt gelassen. Den Irrthum hat er indeß bald eingesehen; denn kurz nach 10 1/2 Uhr erschien bei dem im Keller des Hauses Schillingstraße 40 wohnhaften Grünkrampfhändler Engel, also nach dem Thäter, ein Mann, der Pfennige zum Wechsell anbot. Das ist allem Anschein nach der Thäter gewesen. Am Sonntag Vormittag wurde der Faust ein durch die Polizei festgenommener Mann vorgeführt, doch war es nicht der Thäter. Die unverehelichte Muthake hat noch erklärt, daß jener Mensch acht Tage lang zu später Abendstunde ihren Laden betreten, stets zwei Schnecksen verlangt habe, aber jedesmal mit einer beliebigen anderen Waare (Zwieback, Hörnchen) zufrieden gewesen sei. Die Muthake giebt als besondere Kennzeichen noch an, daß der unheimliche Käufer stets auffallend schmutzige, fast schwarze Hände gehabt habe. Der Geschäftsladen der Letzteren ist am Sonnabend Abend durch die Kriminal-Polizei genau überwacht worden, doch hat sich der Unbekannte seit Freitag Abend nicht wieder blicken lassen.

— Der Raubmörder Wekel, der gefesselt in seiner Zelle sitzt, zeigt eine große Furcht vor dem Tode. Ab und zu erhä er den Besuch der Ober-Beamten und des Predigers, die sich stets einige Zeit mit ihm unterhalten. Sehr häufig erkundigt er sich nach dem Gang seiner Sache, und schließlich erleichtert nahm er jüngst die Mittheilung entgegen, daß die beim Reichsgericht zur Verhandlung kommende Revision seiner Strafsache sich wahrscheinlich bis Ende April oder Monat Mai hinziehen könnte. Großen Erfolg von diesem Rechtsmittel scheint er sich nicht zu versprechen, seine einzige Hoffnung, die Strafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt zu sehen, setzt er in ein Gnadengesuch an den Kaiser. Der Mörder ist durch die längere Haft körperlich sehr herabgekommen: er leidet des Tags über; häufig bemerkt man auch, daß er weint oder gähnt hat. Dem geistlichen Zuspruch zeigt er sich zugänglich, und es hat den Anschein, als ob er von dieser Seite Unterstützung bei seinem Gnadengesuche erwartet.

— Seine Ähnlichkeit mit dem Raubmörder Wekel ist dem 26-jährigen Kellner Nielbloß sehr verhängnißvoll geworden. Der Unglückliche, der früher in Berlin, dann in Eberswalde in Stellung war, ist wegen seiner großen Ähnlichkeit mit Wekel in 2 Monaten nicht weniger als dreimal verhaftet worden. Da er außerdem vielfach gefoppt wurde, so beschloß er, sich das Leben zu nehmen und sprang in den Mühlenteich in Eberswalde, wo man dieser Tage seine Leiche fand.

(Ueber eine noch dunkle Angelegenheit wird nachträglich das Folgende bekannt: Der Polizeibericht vom 2. d. M. meldete: „Am 29. v. M. Vormittags wurde im Neuen See im Thiergarten die Leiche einer unbekanntes etwa zwanzigjährigen Frauensperson aufgefunden.“ Diese ist jetzt als die des 22 Jahre alten Fräuleins Marie Kulicke, einer

Tochter der Gutsbesitzerin Kulicke auf Josephshof in Ostpreußen, erkannt worden. Die Familie, aus Mutter und zwei Töchtern bestehend, wohnte hier in der Kruppstraße 8 und siedelte vor ganz kurzer Zeit auf das Gut über. Marie Kulicke verblieb jedoch noch in der Wohnung, um die Ueberführung der Einrichtung zu veranlassen. Am 27. v. M. nun trat die ältere Schwester, eine verwitwete Frau Sönide, in Berlin ein, wurde von Marie am Bahnhofe erwartet und beide fuhren nach dem Hause Kruppstraße 8. Die jüngere äußerte hierbei, daß es ihr sehr schwer werde, Berlin zu verlassen, da sie an dem Landleben gar keinen Gefallen finde. In gleicher Weise hatte sie sich auch einer ihrer bekannnten Frau Bilkenroth gegenüber ausgesprochen. Als am nächsten Abend beide Schwestern schon frühzeitig zur Ruhe gegangen waren, kleidete sich Marie heimlich wieder an und verließ in ihrer besten Kleidung und mit goldener Uhr nebst Kette die Wohnung. Am Montage früh fand ein Parkwächter das junge Mädchen als Leiche am Neuen See liegend vor. Der Körper befand sich auf dem Lande, während der Kopf unter Wasser war. Wenn nun auch die zitterten Neugierungen immerhin auf einen Selbstmord schließen lassen könnten, so steht dieser Annahme die Thatfache entgegen, daß bei der Leiche eine Geldtasche mit 350 Mk. Inhalt gefunden wurde. Frau Bilkenroth, welche die Familie seit langer Zeit kennt, ist der Ansicht, Marie Kulicke habe, um nicht auf das Land zu müssen, zu Verwandten nach Düsseldorf zu reisen beabsichtigt, sei auf ihrer nächtlichen Wanderung verkannt und verfolgt worden, in den Thiergarten geflüchtet und am See ohnmächtig zusammengebrochen. In ein Verbrechen ist nach Lage der Sache schwerlich zu glauben, obgleich allerlei Gerüchte über die Todesursache im Umlauf sind.

Aus dem Reiche.

Königshütte, 8. März. In Folge Pockenanschlags und a ordnete die Regierung die sofortige Zurückweisung russischer Auswanderer an der Grenze an. Die diesseitige Zahl der Pockenkranken wächst.

Marburg, 8. März. Der Professor der klassischen Philologie, Geheimer Regierungs Rath Dr. Leopold Schmidt, ist hier an der Influenza gestorben.

Hamburg, 8. März. Als die Equipage des Majors Frhrn. von Gayl vom Generalkorps des 9. Armeekorps heute die Langereihe passirte, ging das Pferd durch. Der Major sprang in der Nähe der Heinestraße zur Erde, wobei ihm der Säbel zwischen die Füße gerieth und ihn zu Fall brachte. Herr v. Gayl trug recht erhebliche Hautabschürfungen an der rechten Hälfte des Gesichts und am Arme davon und erlitt eine Verstauchung des rechten Beines, über das auch die Räder des Wagens gingen.

Lüneburg, 7. März. Im Jahre 1889 verfiel hier der Zuschneider L. Winter, jetzt hat ein Schneidergeselle Namens Fieder das Geständnis abgelegt, daß er den Winter damals erschlagen, beraubt und in die Almenau geworfen hat.

Frohburg (Sachsen), 6. März. Ein neues Zugmittel hat die ingenieure Stadtkapelle unseres Städtchens gefunden. Sie läßt nämlich in einer Konzertangelegenheit bekannt machen, daß jedem Konzertabonnenten das Glück geboten werde, event. hundert Stück Torfziegel zu gewinnen.

Kreuznach, 5. März. Ein Vermächtniß seltener Art wurde gestern einer jungen Dame von hier angefündigt. Die vor wenigen Tagen hier verstorbenen Inhaberin eines Spezereiladens hatte ihr als der ersten Kundin des von Jahren gegründeten Geschäftes 1000 Mark testamentarisch vermacht.

Wittenberg, 6. März. Der zur Einweihung der Schlosskirche in Aussicht stehende Besuch des Kaisers scheint auch der Sache des seit Jahren geplanten Bugenhagenendenkmals einen neuen Anstoß zu geben. Wie man hört, hat unser Bürgermeister Dr. Schild als Vorsichtiger des Ausschusses zur Errichtung eines Bugenhagenendenkmals die Sache wieder ange-regt, um wenn möglich das Denkmal, das seinen Platz auf dem Kirchplatz angeht, in der Bugenhagen gelehrt, und des Hauses, in dem er gelebt, erhalten soll, noch bis zum Besuch des Kaisers fertig zu stellen. Bis jetzt sind etwa 5000 Mk. gesammelt worden.

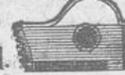
Vom Ausland.

Eine seltsame Gerichtsverhandlung. Kürzlich hat vor dem Schwurgerichte in Dijon unter ungewöhnlichen Umständen ein Prozeß verhandelt werden müssen. Der Angeklagte Belogen wurde wegen Todtschlags verfolgt. Kaum war sein Verhör beendet, als er einen Anfall von Fallsucht bekam. Der herbeigerufene Gerichtsarzt konnte ihn erst nach langen Bemühungen wieder zum Bewußtsein bringen. Sodann wurde der erste Zeuge eingeführt, aber auch dieser gerieth, zur Aussage aufgefordert, in große Aufregung, ärgerte, erlebte und fiel seinerseits in Krämpfen zu Boden. Man brachte ihn in ein benachbartes Zimmer und ging zu einem zweiten Zeugen über; aber nun fühlte sich einer der beiführenden Richter unwohl und beantragte, um sich zu erholen, eine Unterbrechung der Sitzung. Sie wurde ihm gewährt. Der Angeklagte, die Zeugen, der Richter haben ihre Ohnmacht gehabt; warum sollten die Geschworenen zurückbleiben? Bei der Wiederaufnahme der Verhandlung verlor einer von ihnen die Besinnung; der Anblick so vieler Kranken hatte ihn krank gemacht, der Arzt bemühte sich um ihn, aber er war unfähig, der Verhandlung ferner beizuwohnen. Schließlich wurde dann die Angelegenheit bis zur nächsten Schwurgerichtssitzung in drei Monaten zurückgestellt.

Ein Mäcker seiner Ehre. In Yokohama feuerte am 13. Februar der Lieutenant des dort liegenden Vereins Staaten Kriegsschiffes „Marion“, Hetherington, zwei Revolver-schüsse auf den jungen Banquier Georges Sower Robinson auf offener Straße ab. Dem Verbrechen lag Eifersucht zu Grunde. Der Lieutenant glaubte, daß Robinson ein geheimes Verhältnis mit seiner Frau unterhielt. Robinson ist gefährlich verwundet. Lieutenant Hetherington befindet sich an Bord der „Marion“ in Genabham.

**Konfirmanden = Anzüge**  
in Buckskin, Tuche u. Kammgarn  
in großer Auswahl.  
**Wollene Buckskin-Konfirmanden-Anzüge**  
pro Stück von 10 Mark an.  
**Konfirmanden-Hüte**  
pro Stück 1,25 Mk.  
**B. H. Bührmann,**  
Staustr. Nr. 4.  
Specialgeschäft für fertige Herren-  
und Knaben-Garderoben.

**Bazar**  
zum Besten des evangelischen Krankenhauses  
am  
**Freitag, Sonnabend u. Sonntag. 11. bis 13. März**  
in den oberen Sälen des Casino.  
Geöffnet am Freitag und Sonnabend Morgens 11 bis 2 Uhr  
und Nachmittags von 4 bis 10 Uhr; am Sonntag Morgen von 12  
bis 2 Uhr und Nachmittags von 4 bis 10 Uhr.  
**Concertvorträge**  
am Freitag und Sonnabend von 6 Uhr Abends an von der Ka-  
pelle des Oldenb. Infanterie-Regiments No. 91 unter  
Leitung des Königl. Musikdirektors Herrn **Hüttner**,  
am Sonntag von 4 Uhr Nachmittags an, von der Kapelle des  
Oldenb. Dragoner-Regiments Nr. 19 unter Leitung des  
Königl. Stabstrompeters Herrn **Feuze**.  
**Reichhaltige Bazar-Restoration.**  
**Wintergarten.**  
Das **Eintrittsgeld** beträgt am Freitag Vormittag und am  
Freitag Nachmittag bis 6 Uhr 1 Mk., von 6 Uhr an, desgl. am  
Sonnabend und Sonntag 50 Pfg. Dauerkarten, vom Freitag Abend  
6 Uhr an gültig, sind das Stück zu 1 Mk. 50 Pfg., während der  
Bazarzeit an der Kasse und schon vorher bei Herrn Kaufmann  
**Trouchon** (Langestraße) zu haben.  
Mit dem Bazar ist eine  
**Verloosung**  
verbunden und sind Loose, a 50 Pfg., in den annoncirten Ver-  
kaufsstellen zu haben.  
**Bazar-Comitee.**

**Zithern** v. 9 M. an  
Illst. Preisl.  gratis u. fre.  
**Neue illustr. Zitherschule**  
Die Zither in kürzester Zeit ohne Leh-  
rer spielen zu lernen. Fr. n. 34 Ab-  
bild. u. Schablonen, schönen Uebgs.-  
u. Unterhaltungsstücken 2,50 Mk. Zahl-  
reiche Zeugnisse. Prospekt gratis und  
franko.  
**Der lustige Zitherfreund**  
Eine Sammlung sehr heiterer u. lusti-  
ger Unterhaltungsstücke. Preis 1,50  
Mk. Liederalt. 1,50 Mk., Tanzalbum 1,50  
Mk. u. Gitarren 5, 8, 12 Mk. Piccolos  
1,70, 2,50 Mk. Ziehharmonikas 1,80, 2,50  
Mk. Spielböfen u. Illustr. Preislisten  
gratis und franco.  
Frz. Seith, Königshofen-Bayern.  
Das als streng reell bekannte  
**große**  
**Bettfedern-Lager**  
von **P. Albers** in **Hamburg**,  
4, Pinnasberg 62,  
versendet **zollfrei** gegen Nach-  
nahme nicht unter 10 Pfd. **ga-**  
**rantiert ganz neue Bett-**  
**federn** für 60 Pfg., **vorzüg-**  
**liche Sorte** Mk. 1,25, **Halb-**  
**dannen** Mk. 1,30 **prima** Mk.  
1,80, **extra prima** Mk. 2,50  
bis 2,50, **vorzügliche Dannen**  
**nur** Mk. 2,50, **hochfeine** Mk.  
3,00 pr. Pfd. — Umtausch ge-  
stattet; bei 50 Pfd. 5 % Rabatt.

**Nur 13 Mk. Nur 13 Mk.**  
**AUSVERKAUF.**  
Porto und Emballage frei  
ganz Deutschland.  
6 Stk. Tafelmesser mit vorzüglichen  
Stahlklingen  
6 „ Tafelgabeln aus einem Stück.  
6 „ massive Speiselöffel.  
12 „ vorzügliche Kaffeelöffel.  
12 „ feinste Mokkalöffel.  
1 „ Suppenschöpfer schwerster  
Qualität.  
1 „ schwerer Milchschöpfer.  
44 Stück aus bestem und schwersten  
Britannia-Silber. Dazu erhält jeder  
gratis eine Bronze-Küchenuhr mit  
Kette und Gewicht im Werte von 4  
Mark. Auch ist bei mir zu obigem  
Service-Putzpulver in grösseren Schach-  
teln à 20 Pf. zu haben.  
6 Mk. kostet die berühmte Welt-  
Pendel-Uhr mit doppelt geschriebenem  
Zifferblatt, welche nicht nur 12, sondern  
auch 24 Stunden zeigt und bei  
Nacht ohne jedes Brennmaterial  
leuchtet.  
Nur 13 Mark samt prachtvoller  
Kette kostet die neu erfundene, neu  
patentirte Remontoir-Taschenuhr mit  
Nachtleuchtendem Zifferblatt  
Diese Uhren sind aus bestem Nickel-  
silber gearbeitet, genau auf die Minute  
und Sekunde reguliert, haben ein vor-  
zügliches unruinierbares Werk und  
wird für den richtigen Gang 5 Jahre  
garantiert. Versandt gegen vorherige  
Kassa oder k. k. Postnachnahme.  
NB. Nicht konvenientes wird an-  
standslos retourgenommen.  
**Joh. Wessely,**  
WIEN,  
III/Grosse Sperrgasse Nr. 16.

**Bekanntmachung.**  
Für das diesjährige Muster-  
ungsgeschäft des Aus-  
hebungsbezirks Stadtge-  
meinde Oldenburg sind fol-  
gende Termine angesetzt:  
1. **Mittwoch, den 30. März**  
**d. J. morg. 8 Uhr** zur  
Musterung der älteren Jahr-  
gänge und Vornahme der Re-  
klamationen.  
2. **Donnerstag, den 31. März**  
**d. J. morg. 8 Uhr** zur  
Klassifikation, Musterung des  
Jahrgangs 1872 und Loosung.  
Die Beteiligten haben zu diesen  
Termine pünktlich in dem  
**Wirtshaus zum Lindenhof**  
an der **Nadorfstrasse** hie-  
selbst zu erscheinen und früher  
empfangene Lösungsscheine mitzu-  
bringen.  
Wer ohne Entschuldigung fehlt,  
hat die gesetzlichen Strafen und  
Nachtheile zu gewärtigen.  
**Oldenburg**, aus dem Stadt-  
magistrate, den 27. Febr. 1892.  
Hoggemann.

Das seit 20 Jahren bestehende  
**große**  
**Bettfedern-Lager**  
**W. A. Sonnemann**  
in **Ottensen** bei **Hamburg**  
verleudet zollfrei gegen Nachnahme  
nicht unter 10 Pfd. **neue Bett-**  
**federn** 60 Pfg., **vorzügliche**  
120 Pfg., **Halbdannen** 150  
Pfg., **prima** 180 Pfg., **vor-**  
**zügliche Dannen** nur 250  
und 300 Pfg. per Pfd. Um-  
tausch gestattet; bei 50 Pfd. 5  
pCt. Rabatt. **Prima Inlett-**  
**stoff**, zu einem großen Bett,  
Decke, Kissen, Unterbett und  
Pfühl, **garantiert, federdicht,**  
**fertig genäht nur 14 Mark,**  
**zweischläferig nur 17 Mark.**

**Coke.**  
**Gegenwärtige Preise:**  
Zerklein. Coke, 100 Kg. M. 2.40  
Grobe „ „ „ „ 2.20  
Gruß „ „ „ „ 1.60  
Frei ins Haus bei Abnahme  
von mindestens 500 Kg. in einem  
Posten; bei weniger als 500  
Kg. erhöhen sich die Preise um  
20 Pfg. für 100 Kg.  
**Oldenburg**, im Januar 1892.  
**Die Gasanstalt.**  
**Transatlant.**  
**Feuerversicherungs-Aktien-**  
**Gesellschaft**  
**in Hamburg,**  
**Vaterländische**  
**Lebens-Versicherungs-**  
**Aktien-Gesellschaft**  
**in Elberfeld**  
halte zu Versicherungsnahme em-  
pfohlen.  
**Die General-Agentur**  
**H. Kloppenburg,**  
Oldenburg, Moonstraße 18.  
**Oldenburger Bilder**  
Portraits, Landschaften, Karten u.  
z. kauf. gef. — Off. sub **Olden-**  
**burgla** a. d. Expedition des  
Tageblatts.

**Hotel zum Lindenhof.**  
**Am Sonntag, d. 13. März**  
2. Grosser öffentlicher  
**Gesellschafts-Abend,**  
ausgeführt von der ganzen Kapelle des Old. Drag-  
Regts. Nr. 19 unter Leitung des Königl. Stabstrom-  
peters Herrn **J. Feuze**  
unter Mitwirkung ganz hervorragender Komiker.  
U. A. werden zur Aufführung gelangen:  
**Neu! Zum ersten Male! Neu!**  
**Bim, Bambus.**  
Schwank in 1 Akt.  
**Die wandernden Musikanten.**  
**Lebende Bilder,**  
arrangirt von Herrn **C. Haas.**  
**Fischer, der stramme Unteroffizier.**  
**Aufführung**  
**der neuesten und beliebtesten Couplets.**  
**Caffenöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.**  
**Entree 30 Pfg.**  
Zu diesem auserwählten Abend laden wir ergebenst  
ein.  
**H. Struthoff. J. Feusse.**

**Die Buch- und Accidenz-Druckerei**  
von  
**Fritz Drewes**  
**Oldenburg i. Gr., Rosenstrasse 14/16**  
empfehl ich  
zur Anfertigung aller im Geschäftsverkehr vorkommenden  
**Druckarbeiten**  
in schönster und sauberster Ausführung  
zu möglichst billigen Preisen.  
**Specialität: Buntdruck.**  
Proben und Muster stehen franco zu Diensten.

**Cigaren-Rauch**  
er werden auf die allbekannte und solide  
Firma **S. Hügle** in **St. Ludwig**  
im Elsass aufmerksam gemacht. Diefelbe  
offerirt die denkbar besten und billigsten  
Cigaren z. B.:  
Bevecurt, sehr beliebt per 100 M. 1.60  
Primera brill. Cigar. „ 100 „ 2.50  
Dorle, prachtv. Fabrik. „ 100 „ 2.80  
Esfeto, Manilla, belit. „ 100 „ 3.50  
La Perla, Cabinet, Morenita, Sport,  
4 vorzügl. Sorten per 100 M. 4.—  
Honra, Java, brillant „ 100 „ 4.50  
Defensa, Sumatra „ „ 100 „ 5.—  
Netta, Sumatra „ „ 100 „ 5.20  
Erquisitos, del. v. Fab. „ 100 „ 6.—  
Achtung, super, brill. „ 100 „ 10.—  
u. s. w. bis zu 100 M. per 100 Stk.  
Aufträge werden von 15 M. an franco  
ausgeführt. Musterendung zusammen  
100 Stk. franco zu 5 Mk.

**Großherzogl. Theater**  
Freitag, 11. März 1892.  
49. Vorstellung im Abonnement.  
**Die Großstadtlust.**  
Schwank in 4 Akten von  
D. Blumenthal u. G. Nadelburg.  
Caffenöffnung 6 1/2, Anfang 7 Uhr.  
Sonntag, den 13. März 1892.  
50. Vorstellung im Abonnement.  
**Gebrüder Bok.**  
Komisches Lebensbild mit Gesang  
in 6 Bildern von A. R. Arr. nge.  
Caffenöffnung 6 1/2, Anfang 7 Uhr.

**Oldenburger**  
**Schützenhof.**  
**Sonntag, den 13. März:**  
**Grosses karnevalistisches**  
**Kostüm-Konzert**  
von der Kapelle des Old. Inf.-  
Regts. Nr. 91, unter Leitung  
des Königl. Musikdir. Herrn  
**Hüttner.**  
Anfang 4 Uhr.  
**Nachher, um 7 Uhr abends:**  
**2. großer öffentlicher**  
**Gesellschafts-**  
**Abend,**  
mit ganz erneutem Programm.  
**Entree 30 Pf.**  
**Anfang 7 Uhr.**  
Um dem Wunsche des Publi-  
kums entgegen zu kommen, wird  
dieser überaus genussreiche Abend  
um **7 Uhr** beginnen.  
Es ladet ergebenst ein  
**L. Nolte.**  
**Rosfleisch**  
empfiehlt **J. Spiekermann.**  
Hierzu eine Beilage.

## Versammlung in Oppermanns Hotel.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins hatte am Mittwoch Abend in Oppermanns Hotel eine Versammlung anberaumt, zu der alle liberalen Männer willkommen waren. Die große Bedeutung der Versammlung ließ schon den zahlreichen Besuch erkennen. Es mochten annähernd 300 Herren anwesend sein. Die deutschfreisinnige Partei hatte ihren monatlichen Vereinsabend, der Mittwoch auch stattfinden sollte, auf den nächsten Mittwoch verlegt, um ihren Mitgliedern den Besuch der wichtigen Verhandlungen der nationalliberalen Partei zu ermöglichen. Herr Landgerichtsrath Kunde eröffnete die Versammlung und führte aus, daß das klerikalkonservative Gesicht, das die Regierung jetzt zeige, bei liberalen Männern große Sorge über die Zukunft hervorrufe. Namentlich habe der preussische Schulgesetzentwurf eine Bewegung erregt, die überall, so auch hier ihren Widerhall finde und auch hier von der nationalliberalen Partei fordere. Stellung zu dem Entwurf zu nehmen. Darauf ertheilte der Vorsitzende Herrn Kiepert, Vorstand des nationalliberalen Vereins in Hannover, das Wort und Redner behandelte nun die Stellung der Partei zu den wichtigsten Fragen und speciell zum preussischen Schulgesetzentwurf. Auf das 25jährige Bestehen der Partei zurückblickend, bemerkte Herr Kiepert zunächst, daß ihre parlamentarische Thätigkeit reich an Arbeit und Erfolgen gewesen. Seit im Kampfe gegen das Volksschulgesetz habe die Partei den lebenskräftigen Kern des deutschen Volkes hinter sich und der Mahnung Bennigsens an alle liberalen Gruppen zum gemeinsamen Kampfe für die liberalen Güter sei nicht ungehört verhallt. Die nationalliberale Partei sei von Anfang an ihrem Ziele stets treu geblieben, unermüdet für das Beste des deutschen Vaterlandes zu streben. Als dann 1871 das deutsche Kaiserreich wieder entstanden, habe sie ihre Hauptthätigkeit darauf gerichtet, das deutsche Reich nach außen zu festigen und nach innen auszubauen und daher stets alle Mittel zur Sicherung des Friedens bewilligt. Eine ihrer höchsten Aufgaben sei, den nationalen Gedanken wach zu halten und treu zu Kaiser und Reich zu stehen. Weil sie sich nur das Erreichbare gesichert, habe die Partei viele praktische Erfolge gehabt. Die Verfassung sei in erster Reihe ihr Werk, ferner habe sie mitgearbeitet an der Preßgewerbe- und Niederlassungsfreiheit, sowie am Freizügigkeitsgesetz. Wenn sie die wirtschaftlichen Fragen nicht mit in ihr Programm aufgenommen, so seien die Interessen und Konjunkturen auf diesem Gebiete überall verschieden; die Partei verkenne aber nicht deren hohe Bedeutung und werde immer Handel, Industrie und Landwirtschaft zu fördern suchen. — Die sociale Frage berührend, führte Redner aus, daß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern leider eine große Kluft bestehe, die gewissenlose Agitatoren noch zu erweitern bemüht seien. Es müsse alles gethan werden, sie zu überbrücken, denn sonst sei eine Katastrophe unvermeidlich und deren schwere Folge die Reaktion. Nicht auf einmal ließen sich alle Mißstände beseitigen, sondern Schritt für Schritt müsse vorwärts gegangen werden. Das bisher auf dem Gebiete der socialen Gesetzgebung errungene würde die Zukunft als eine der größten Thaten unseres Jahrhunderts preisen. Das Altersversorgungsgesetz und Invaliditätsgesetz würde nicht nur humane Wirkungen haben, sondern auch das unvergleichliche Resultat der Ausgleichung der Gegensätze erreichen und in Arbeiterkreisen immermehr Anerkennung finden.

Darauf kam Redner auf den Kulturkampf. Als die nationalliberale Partei entstanden, sei auch eine Partei begründet, welche dem deutschen Geiste die römische Begehrlichkeit entgegensetze. Leider habe die ultramontane Partei nach und nach fast alles bewilligt erhalten, aber der Friede mit Rom sei nicht zu erlangen. Nach dem Kampfe um die Kirche sei nun der Kampf um die Schule entbrannt. Wenn noch im vorigen Jahre der Reichskanzler gelegentlich des Gohler'schen Schulgesetzentwurfs erklärt habe, daß die Regierung der Kirche keine weitergehende Zugeständnisse machen könne, so gewähre der jetzige Entwurf Jedem der Kirche fast alles und Caprioli trete energisch mit Ultramontanen, Polen, Welsen und Konservativen für die Vorlage ein. Das sei eine weit über Preußen hinausreichende, bedeutungsvolle Thatfache, die eine nationale Gefahr bringe und dieser klerikalreaktionäre Geist belaste jeden Patrioten schwer. Es sei eine nationale Pflicht, gegen dieses Gesetz mit aller Macht einzutreten.

Redner wies dann zwei Bemerkungen des Reichskanzlers zurück. Wenn dieser gesagt, national sei jetzt ganz Deutschland, so sei dies nicht wahr, denn in den Ostprovinzen, Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein trete der Partikularismus noch sehr hervor und es sei noch ein gut Stück nationaler Arbeit zu vollbringen. Die Gegenüberstellung von Christenthum und Atheismus habe im Abgeordnetenhaus einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, in klerikalen Gegenden habe man dagegen gelächelt und mehrere klerikale Blätter hätten bereits gemeint, die Zeit der Rückkehr aller in den Schoß der allein selig machenden Kirche sei nahe.

Die Uebertreibung der Konfessionalität, fährt Redner fort, fache den Fanatismus an und entfremde der Kirche immer mehr Kreise. Wo die Konfessionsschulen sich bewährt hätten, habe die Partei nichts gegen sie, aber auch die Simultanen hätten ihre Berechtigung. Eine schwere Schädigung der Schule bedeute ferner das Ueberviegen des kirchlichen Einflusses, was sich namentlich in den katholischen Ländern zeigen würde. Nicht mehr auf Kenntnisse sehe man später noch, sondern die Richtung des Lehrers gebe den Ausschlag. Der Lehrer käme in vollständige Abhängigkeit von der Geistlichkeit, die seine Existenz gänzlich in der Hand habe. Wenn man bedenke, welche Macht dem Geistlichen Prüfungskommissar fürderhin eingeräumt werden solle, so sei das einfach eine Herrschaft der Kirche über den Staat. Dem Lehrer sei seine Selbstständigkeit zu lassen, Schule und Kirche hätten gemeinschaftlich an der Erziehung der Jugend zu arbeiten. Sodann sei die völlige Freigabe der Privatschule eine Gefahr für das Schulwesen. Das staatliche Schulwesen würde durch die Kirchenschulen, polnische und socialdemokratische Schulen zurückgehen. Was für Folgen das haben könne, sehe man an Belgien, wo in einem Jahre 6% der Rekruten nicht lesen und schreiben konnten, 27% nicht schreiben und 26% nicht ihren eigenen Namen schreiben konnten, während 36% nicht gewußt hätten, ob Moses oder Christus eher gelebt habe. Der Centrumsabgeordnete Reichensperger wünsche für die Volksschule nur Unterricht in Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen, den Kindern des Volks solle also Geschichte, Heimatkunde, Gesang, Turnen u. s. w. vorenthalten werden. Das würde ein schweres Unrecht am Volk sein, dessen begabte Söhne auch Anrecht auf eine höhere Bildungstufe hätten und die höhere

Bildung treibe das Volk nicht in die Arme der Sozialdemokratie wie wohl behauptet wurde, sondern mache es urtheilsreicher und weniger zugänglich für die Trugschlüsse und unheilvollen Lehren der Sozialdemokratie. Ein sehr hoch anzuschlagender Mangel des Gesetzentwurfs sei sodann die vollständige Beseitigung des Einflusses der Gemeinden auf die Schulen. Ueberall, namentlich in den größeren Städten habe man immer viel für die Schulen gethan. Wenn nun den Gemeinden, deren Leitung ganz entzogen wurde und sie nur noch die Gelder für die Schulen ausgeben soll, so sei es nur zu natürlich, daß das Interesse an diesen so bedeutungsvollen Instituten nachlassen werde, was ein schwerer Schaden für das ganze Volk sein würde. Was der nationalliberale Abgeordnete Hohrecht schon betont habe, daß nur das Dotationsgesetz genehmigt werden müsse, damit könne die Partei sehr einverstanden sein, denn die pekuniäre Lage der Lehrer sei jämmerlich und bedürfte wirklich der Aufbesserung sehr.

Zum Schluß bezeichnete Herr Kiepert die Zeit noch einmal als eine sehr ernste und forderte die nationalliberalen Parteigenossen zum energischen Kampfe gegen die klerikalreaktionäre Strömung auf, der am erfolgreichsten geführt werden könne, wenn alle sich einmüthig um den Führer scharten und mit vereinten Kräften zum Heil des geliebten Vaterlandes weiterstrebten. Reicher Beifall lohnte den Redner zum Schluß für seinen geübigen Vortrag. Vielfach hatte auch während der Rede die Versammlung durch lautes Bravorufen zugestimmt. Herr Landgerichtsrath Kunde schlug die Annahme einer allgemein gehaltenen Resolution vor. Aus der Versammlung meldete sich darauf der Vorsitzende des deutschfreisinnigen Vereins, Herr Bankdirektor Propping und erklärte, daß seine Partei den Ausführungen des Redners hinsichtlich des Schulgesetzentwurfs fast in allen Theilen beipflichten könne und gern bereit sei, mit allen Kräften gemeinsam mit den Nationalliberalen für die Erhaltung und Ausbreitung liberaler Einrichtungen zu kämpfen. Herr Propping empfahl darauf die Annahme einer etwas schärfer gehaltenen Resolution. Zu den Resolutionen sprachen dann noch die Herren Kiepert, Kaufmann, Baars, Landgerichtsrath Kunde, Bankdirektor Propping und Professor Richter. Auf Vorschlag des Letzteren wurden beide Resolutionen verschmolzen und es gelangte folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme: Die am 9. März 1892 in Oldenburg tagende Versammlung liberaler Männer spricht den Gegnern des Volksschulgesetzentwurfs im preussischen Abgeordnetenhaus ihre volle Sympathie aus und hält es für ein nationales Unglück, wenn der vorgelegte Entwurf Gesetz werden sollte, da die unheilvollen Folgen eines solchen Gesetzes nicht auf Preußen beschränkt, sondern sich mittelbar auf das ganze deutsche Reich ausdehnen würden. Herr Landgerichtsrath Kunde brachte nun dem Kaiser ein dreifaches Hoch, worauf die Versammlung nach etwa 1 1/2 stündiger Dauer beendet war. Es ist noch nicht alle Aussicht geschwunden, daß der preussische Volksschulgesetzentwurf zu Fall komme. Wenn der Liberalismus dort diesen Sieg erringen sollte, dann werden auch ja wohl die liberalen Männer des Oldenburger Landes für ein liberaleres Schulgesetz unseres Herzogthums in die Schranken treten, denn das jetzige steht dem preussischen Entwurf in manchen Theilen nicht nach.

## Feuilleton.

### Das Geheimnis der Frau de la Mare.

Roman von G. v. Limpurg.

(Nachdruck verboten.)

(30. Fortsetzung.)

Luisa setzte dann das Telegramm auf und der Diener trug es nach dem Telegraphenamte. Die Nacht wache, die vorhergegangene und darauffolgende Aufregung hatten aber Luise's Kräfte so erschöpft, daß sie bei dem Eintritt in Leopolds Krankenzimmer von einer heftigen Ohnmacht befallen und von Juana auf ihr Zimmer und zu Bett gebracht werden mußte.

Zur großen Freude der zu Tode erschrockenen Juana schlug Luisa noch ehe der herbeigerufene Arzt kam, die Augen wieder auf. Der Arzt ordnete aber an, daß Luisa unbedingt einen Tag das Bett hüten müsse, um einer etwa drohenden schweren Erkrankung vorzubeugen.

Dann untersuchte der Arzt auch Leopolds Befinden. Derselbe schlief noch, da er erst gegen Morgen in einen eigentlichen Schlaf gefallen war, der Arzt konnte aber trotzdem eine leichte Besserung bei dem Patienten constatiren.

Auf Frau de la Mare lastete jetzt im Norden'schen Hause eine ungemaine Sorge, doch sie vergaß trotzdem nicht, im Namen der Kranken Freundin der Polizei Meldung von der fluchwürdigen Drohung Lindens gegen Luisa von Norden zu machen.

Dann meldete der Diener, daß der Herr Geheimrath in seinem Zimmer völlig tobe und offenbar sehr krank sein müsse.

„Nun, ich werde erst einmal zu dem Herrn Geheimrath gehen, ehe wir den Arzt zu ihm rufen lassen,“ erwiderte Juana, welche die Absicht hatte, sich der falschen noch im Besitze des Geheimraths befindlichen Handschrift zu bemächtigen und damit den Baron Linden unschädlich zu machen.

In diesem Augenblicke fuhr aber plötzlich der kranke Leopold, in dessen Zimmer sich Frau de la Mare befand, wild empor und begaun im Fieber zu phantasiren.

„Juana, o Juana,“ rief er, nur dies eine Wort, sage mir, daß Du mich liebst — sonst gehe ich zu Grunde. Weißt Du noch jenen Abend, da Luise sang? Kennst Du das Lied, welches sie für Leuthold sang? O, es war schön, wunderbar schön, denn ich fühlte Wort für Wort, daß es dem Leben entsprach. Sage es mir — oder kannst Du nicht? Hast Du es — Linden zugeflüstert?“

„Beruhige Dich, Leopold!“ flüsterte Juana erhebend.

„Ihre Stimme,“ stöhnte er seufzend, „ihre liebe Stimme, die ich so genau kenne! Aus aller Welt wollte ich sie herausfinden — o wenn sie es doch sagen könnte, dies eine Wort!“

„Ich kann es, Geliebter,“ hauchte Juana und beugte sich über den Kranken, „denn ich liebe Dich — und seit jenen Abend verstehe ich erst das schöne Wort.“ Er lächelte selig, es war als habe er sie verstanden, doch seine Augen blieben geschlossen, nur die Lippen bewegten sich manchmal.

Leopold schlief dann wieder ruhig und Juana dachte jetzt daran, den Geheimrath aufzusuchen und ihm womöglich die falsche Handschrift zu entreißen.

Leise schlich sie in des Geheimraths Zimmer, doch es war leer, aber auf dem Tisch brannte eine Lampe. Juana fand den Geheimrath in dem anstoßenden Schlafgemach. Dort lag er vor dem Bett auf den Knien und wühlte mit beiden Händen, leise vor sich hinkichernd in den Falten der seidenen Decke.

„Fort damit — ich will es nicht mehr sehen, das unglückliche Lied,“ rief er zornig, „denn es hat meinen Sohn zerschmettert. Wie soll ich einst vor Gottes Richterstuhl stehen, wenn alles mit Fingern auf mich weist. Leopold! Mein Sohn, wende Dich nicht von mir! Habe Erbarmen, es geschah ja nur für Dich!“

Und wieder wurde es still. Juana hielt den Athem an; es war eine gefährliche Situation, in der sie sich befand, denn wenn der Wahnsinnige sie bemerkte konnte er sich auf sie losstürzen und Niemand hörte vielleicht ihren Hilferuf. Aber sie war muthig. Ohne auch nur mit den Wimpern zu zucken, blieb sie stehen; sie mußte wissen, was der Unglückliche unternehmen würde, während Luise's Abwesenheit trug sie deren Verantwortungen im Hause.

„Warum bin ich hier,“ fuhr Norden nach einer Weile abermals fort, „warum nicht bei Leopold? O, vielleicht ist er schon todt — vielleicht hat ihn Sebastian Bach geholt! Horch, die Wasser rauschen und stutben hinab, es ist so kühl dort unten. Aber ich nehme seine Handschrift mit, denn sie ist echt — und Fluch denen die es leugnen!“

Er stand schwerfällig auf und wandte sich zur Thür, Juana flog wie ein Pfeil davon, doch im Korridor blieb sie stehen, denn sie wollte Norden sprechen. Jetzt verließ er sein Zimmer und sie ging ihm ruhig entgegen, festen Blickes seinem irr umherstirrenden Auge begegnend.

„Wissen Sie nicht, Herr Geheimrath, wo das Lied Sebastian Bachs ist?“ frug Frau de la Mare ruhig.

„Ah, Madame de la Mare!“ er prallte erschrocken zurück. „Sie sind hier? Und Sie fragen in meinem Namen? Nein, ich würde das Lied nicht holen und wenn ich auf dem Sterbebett —“

Wie von Furien gejagt flog der Gelehrte dann den Gang entlang und blieb hochathmend vor Leopolds Zimmer stehen, während Madame de la Mare nach kurzem Bögen in seinem Arbeitsgemach verschwand.

„Wer war das?“ murmelte jetzt der Wahnsinnige, sich die Haare aus der Stirn streichend, „was hat sie gesagt? Fluch über mich, wenn Luisa verloren ginge? Oh, oh wie entsetzlich! Ich sehe sie kommen die Dämonen mit ihren glühenden Augen, höre ihr Gelächter — und sie winken mir — sie wollen mich in den Abgrund stürzen, in den Feuerpfuhl, aus dem kein Entkommen ist! Wehe, wehe, Leopold rette mich!“

Und mit diesem grellen Aufschrei öfnete er die Thür und brach am Bette des Verwundeten zusammen der entsetzt emporfuhr und die müden Augen weit öffnete.

„Water, Du hier,“ murmelte er zitternd. „Was willst Du von mir? Wo ist Luisa?“

„Hah, forderst Du sie auch von mir?“ kreischte der Geheimrath wild auf, „sie ist fort und ich weiß nicht, wo sie hinging; aber ich will sie suchen — damit sie mir verzeiht, denn siehst Du, Leopold, der Baron Linden hatte doch Recht, die Handschrift ist echt.“

(Fortsetzung folgt.)

 **Probenummern bitten zu verlangen.** 

Unsern geehrten Abonnenten zur gefl. Nachricht, daß das

## **Oldenburger Tageblatt**

jetzt jedesmal in einem Doppelbogen, also

**in 8 Seiten**

erscheint. Dasselbe bringt von jetzt an ausführliche Reichstags- und Landtags-Verhandlungen, ferner die neuesten politischen Abhandlungen vom In- und Auslande und gut gesichtete Nachrichten, sowohl aus dem deutschen Reiche wie aus dem engern Vaterlande, sowie die schönsten Berichte über Theater und Musik, welche unsern verehrten Lesern von jeher bekannt sind.

Das **Oldenburger Tageblatt** verbindet somit jede größere **politische Zeitung** mit einer gut redigirten

 **Local-Zeitung.** 

Neben den laufenden Erzählungen im Tageblatt selbst bringt dasselbe vom 1. April ab eine

### **8seitige Sonntags-Beilage**

mit **schönen Illustrationen** und größeren spannenden Romanen, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen.

Das **Oldenburger Tageblatt** kostet trotzdem nur

## **1 Mark pro Quartal**

und werden Bestellungen jederzeit entgegengenommen.

**Inserate** finden im Tageblatt die größte Verbreitung und werden solche am Erscheinungstage bis Vormittags 11 Uhr erbeten.

Die Expedition  
des **Oldenburger Tageblattes.**  
Rosenstraße 14/16.